

SOZIO kultur

2 | 17 Per se politisch

INTERVIEW mit Thomas Krüger → 4
PROJEKT Ich bin die Wahl → 11
PORTRÄT Miteinander leben e.V. → 14





Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft



Bundesinitiative
Ländliche Entwicklung



LandKULTUR

Wir suchen Ihre Ideen für Projekte
zu Kultur und Teilhabe in ländlichen
Räumen!

Ländliche Räume machen knapp 90 Prozent der Fläche Deutschlands aus. Jeder Zweite lebt auf dem Land. Mit dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) setzt sich das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) dafür ein, ländliche Regionen als attraktive Lebensräume zu erhalten und zu stärken. Mit der Bekanntmachung „LandKULTUR – kulturelle Aktivitäten und Teilhabe in ländlichen Räumen“ unterstützt das BMEL in diesem Rahmen innovative Ideen im kulturellen Bereich.

bmel.de

Kultur auf dem Land – so vielfältig wie seine Regionen

Angebote zur aktiven Teilhabe an Kunst und Kultur sind für die Attraktivität der ländlichen Räume von großer Bedeutung. Ein vielfältiges Kulturleben steigert die Lebensqualität, wirkt verbindend und trägt so zum Selbstwert und zum besonderen Charakter einzelner Gemeinden bei. Dabei profitieren nicht nur diejenigen, die aktiv oder passiv am Kulturgeschehen teilnehmen, sondern ländliche Regionen insgesamt.

Projektskizzen bis 31. Juli 2017 einreichen

Setzen Sie kreative Kulturprojekte auf dem Land um!

Mit LandKULTUR suchen wir deshalb innovative Projekte, die kulturelle Aktivitäten und Teilhabe in ländlichen Räumen erhalten und weiterentwickeln. Dazu gehören Projekte aus den Bereichen bildende Kunst, Literatur, darstellende Künste (Theater, Tanz, Film etc.), Musik, angewandte Künste (Design, Architektur etc.), kulturelles Erbe sowie Kombinationen dieser Sparten. Die ausgewählten Projekte können eine Förderung in Höhe von bis zu 100.000 Euro erhalten. Antragsberechtigt sind natürliche und juristische Personen in der Bundesrepublik Deutschland. Der Förderzeitraum beträgt maximal 36 Monate.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL),
Referat 712 – Entwicklung ländlicher Räume, Bundesprogramm
Ländliche Entwicklung

ANSPRECHPARTNER

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) |
Referat 325 – Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung
Tel.: 0228 6845-3835 oder -3782 | E-Mail: landkultur@ble.de
www.ble.de/landkultur



Bildung sollte Spaß machen. Sonst lernt es sich schwer. Für das Miteinander der Gesellschaft muss Bildung zwingend politisch sein. Soziokultur leistet beides. Die Bildungseffekte ihrer Arbeit lassen sich aus jeder unserer Zeitschriften lesen.

Widmet sich – Ausgabe 2/2015 – das Kinder- und Jugendtheater Speyer der Inklusion von Jugendlichen mit Down-Syndrom, entsteht Freude beim Lernen in der Theatergruppe, sogar Glück für David, der hier zum Theaterassistenten ausgebildet wird. Auch das Team und das Publikum lernen dabei.

Wendet sich – Ausgabe 1/2016 – das *AlarmTheater Bielefeld* minderjährigen unbegleiteten Geflüchteten zu, so wirkt sich das auf komplexe Weise aus. Das Publikum erwirbt neue Einsichten, weil auf der Bühne mit Traumata und Konflikten umgegangen wird. Hiesige Abiturient/-innen und Geflüchtete schulen sich in argumentativer Auseinandersetzung. Aus dem Ringen um Bleiberecht entsteht Wissen über den Rechtsstaat.

Gründen – Ausgabe 4/2016 – Jugendliche in Anklam, also in einem Hotspot rechtsextremer Strukturen, einen *Demokratiebahnhof*, so ist dieser Vorgang an sich ein Akt demokratischer Zivilcourage.

Mit den unterschiedlichen in diesem Heft vorgestellten Projekten zeigt sich Soziokultur kreativ, partizipativ, kooperativ und auf Augenhöhe handelnd. Sie ist treibender, unterstützender und wo nötig widersprechender Partner in einem gesellschaftlichen Lernprozess. Trotz des hier gezeigten breiten Spektrums an Inhalten und Formaten direkt oder indirekt bewirkter politischer Bildung: Was in diesem Heft zur Sprache kommt, stellt einen sehr kleinen Ausschnitt des Engagements unserer Mitgliedseinrichtungen dar.

Wie Menschen sich verhalten, lernen sie bekanntlich nicht zuerst von Lehrern, sondern von vorgelebten Beispielen. Im Ringen um Demokratie, Menschenwürde und Zukunft sind soziokulturelle Zentren richtig gute Vorbilder. Besser und politischer geht es kaum.

Wenn Sie Gelegenheit finden, dafür Danke zu sagen und Respekt zu zeigen: Tun Sie's unbedingt.

Ellen Ahbe, Geschäftsführerin der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V.

Thema: per se politisch

- 5 Kontrollverlust wagen – Demokratie gewinnen
Ein Gespräch mit Thomas Krüger von Edda Rydzy
- 8 „Feminism – Gönn Dir!“ und „CHICKS* UNITED!“
Performative Verschwörungen von Mädchen
aus Bremen von Florian Ackermann
- 9 Die Welt verbessern? Vor Ort starten
Das Projekt „Globale Solidarität – vor Ort“ des
Bahnhofs Langendreer von Kristin Schwierz
- 10 „Möhrekonform“ ist eine Geisteshaltung
Das „Wilde Möhre Festival“ von Julia Busch
- 11 Ich bin die Wahl Ein Jugendkunstprojekt des
Kunsthaus KUBO von Katrin Jahn
- 12 Zwischen vorgestern und übermorgen
Das Projekt „Potsdam lab, wem gehört die Stadt?“
von Siegfried Dittler
- 13 Luther.ON.Stage - hip oder hop?! Ein Projekt der
Hiphop Academy Hamburg von Dörte Inselmann
- 14 PORTRÄT: Mölln und die Raumfahrt Mark Sauer und
der Verein *Miteinander leben e.V.* von Edda Rydzy
- 16 Arbeitsfeld Gesellschaft Der Arbeitsbereich
„Politik und Gesellschaft“ im *zakk* Düsseldorf
von Jochen Molck
- 17 MEINUNG: Ist unsere Arbeit als Jugendkunstwerkstatt
politisch? von Esther Helmert
- 18 Zwischen Selbstbestimmung und Selbstoptimierung
Soziokulturelle Zentren und die Auseinandersetzung
um ein gelingendes Leben von Reinhold Knopp

Kultur und Politik

- 22 10 Jahre Bericht der Enquete-Kommission „Kultur in
Deutschland“ Statements der Kulturpolitiker/-innen
der Bundestagsfraktionen von Ellen Ahbe
- 26 „Alle fanden unsere Idee gut, meinten aber, es sei
ein Traum“ Dr. Ümit Koşan über den Bundesverband
Netzwerke von Migrantenorganisationen e.V.
von Kristin Wenzel

- 28 Politischer Rückenwind für kulturelle Bildung – nötiger
als je zuvor Zu zwei Publikationen des Rates für
kulturelle Bildung von Vanessa-Isabelle Reinwand-Weiss

Netzwerk Soziokultur

- 32 Nicht nur in eigener Sache Release-Party zur SOZIO-
kultur von Ellen Ahbe
- 33 Gern noch ein bisschen selbstbewusster Eine Diskussion
über die aktuelle Lage der Soziokultur und notwendige
Folgerungen von Edda Rydzy
- 36 Good vibrations Fellowship Celebration der zweiten
Runde des START-Programms von Christine Hoffmann
- 38 Politische Bildung im Zentrum von Kristina Rahe
- 39 Mit Kunst und Kultur schafft man Zusammenhalt
Interview mit Jutta Schramm von Kristina Rahe
- 40 NORDRHEIN-WESTFALEN: 2017: Welche Kultur
wählen wir? Podiumsdiskussion zu Fragen der
Kulturpolitik von Edda Rydzy
- 42 NORDRHEIN-WESTFALEN: Neue Netzwerke für
mehr Teilhabe Das Programm „Kulturrucksack NRW“
von Ina Rateniek
- 43 NORDRHEIN-WESTFALEN: Demokratie Leben! Eine
Idee vom Glück. Ein Projekt der *Schuhfabrik Ahlen*
von Christiane Busmann
- 44 THÜRINGEN: Die politische Dimension der kulturellen
Bildung Fachtagung in Erfurt von Rebekka Marpert und
Katja Nicke
- 46 LANDAUF.LANDAB: Aktionen und Positionen gegen
Rechtspopulismus
- 48 Impressum / Adressen der Landesverbände

Foto Titelseite

Performance des *drum klub* bei der Statistikpräsentation der
Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V. am 16. Mai 2017
© Swen Gottschall | Siehe Beitrag auf Seite 33.

Grafik Seite 3

Max Fiedler, freiberuflicher Illustrator.



Thema

per se politisch





Kontrollverlust wagen – Demokratie gewinnen

**Ein Gespräch mit Thomas Krüger,
dem Präsidenten der Bundes-
zentrale für politische Bildung**

von **EDDA RYDZY**

ER: Herr Krüger, Ihre Vita spricht dagegen, dass mit Ihnen ein Präsident den Amtsschimmel reiten könnte. Sie haben in Ost-Berlin evangelische Theologie studiert und in freien Theatergruppen gespielt. Fast einhundert Prozent der damaligen DDR-Bürger durften die Sowjetunion nur auf fest vorgeschriebenen Wegen besuchen. Sie hingegen nutzten ein vom Staat abzuschaffen vergessenes Schlupfloch-Visum und stiegen mit wildem Bart über kaukasische Abwege. Als Vikar in Berlin und Eisenach rebellierten Sie in der Kirche von Unten. Mit Gleichgesinnten gründeten Sie die Sozialdemokratische Partei in der DDR. Für die Dauer von 13 Tagen waren Sie der letzte Oberbürgermeister von Ost-Berlin. 1994 zeigten Sie auf einem Wahlplakat für den Bundestag Ihre ganz nackte ehrliche Haut vor. Sie zogen ein und für ein Vaterjahr nach zwei Legislaturen wieder aus ... War diese, sagen wir, ketzerische Persönlichkeitsstruktur für Ihr Amt eher hinderlich oder eher hilfreich?

TK: Eher hilfreich, denke ich. Als ich mich bewarb, mussten ungewöhnlich herausfordernde Aufgaben gelöst werden.

ER: Das waren?

TK: Kurz gesagt hatte sich bis dahin die Bundeszentrale für politische Bildung auf die Herausgabe von Druckmaterialien und auf „Frontalunterricht“, also auf tradierte Bildungsveranstaltungen konzentriert. Damit erreichte sie Menschen, die sich ohnehin für die tieferen Zusammenhänge von Politik und Gesellschaft interessierten und bereits gebildet waren. Die brauchten aber die bpb nicht unbedingt. Wir mussten Wege zu all den anderen finden. Zu denen, die nicht lesen, die lieber fernsehen oder im Internet unterwegs sind. Wir brauchten Veranstaltungsformate, die nicht auf ständigen Input setzen, sondern die Bedürfnisse und Aktivität der Teilnehmer nutzen. Außerdem boten das Internet und die neuen Medien ganz andere Möglichkeiten. Wie für den größeren Teil der Gesellschaft waren sie damals aber auch für die politische Bildung noch Neuland.

Aufführung LANDSCHAFT mit CHICKS. how to bleed one week a month, 2016 © Onkel Oxe | Siehe S. 8



THOMAS KRÜGER, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

ER: Auf den Fahnen der Soziokultur stehen niedrige Schwellen, Haustürnähe, Partizipation und Kommunikation auf Augenhöhe ganz oben. Dazu die tägliche Praxis, sich in künstlerischen Produktionen und Debatten mit politischen Konflikten auseinanderzusetzen. Da gibt es Überschneidungen ...

TK: Sicher. Vor allem methodisch-didaktisch. Ich halte die Soziokultur der Natur der Sache nach für einen starken Partner der bpb. Zwei ihrer Zentren fördern wir als zertifizierte Träger politischer Bildung. Der künstlerische Aspekt ist besonders wichtig. Wir ermöglichen politische Bildung außerhalb von Schulen. Es gilt das Prinzip der Freiwilligkeit. Sie muss also Spaß machen. Sonst bleiben die Leute weg. Ohne Kunst und Unterhaltung kommen wir nicht aus. Bildungsexperten diskutieren zudem seit Jahren Anne Bamfords Befund, dass gute künstlerische Bildung einen „Wow-Faktor“ besitzt. Sie bewirkt große Bildungseffekte. „education through art“ kann als andere Bezeichnung für Persönlichkeitsentwicklung gelten.

• **Gute künstlerische Bildung besitzt einen „Wow-Faktor“.**
• **Sie bewirkt große Bildungseffekte.**

ER: Manche Bildungsbürger halten den Ernst des Lebens oder hohe Kunst für das Gegenteil von Entertainment. Sie sind da nicht berührungsfähig.

TK: Nein, im Gegenteil. Gerade dort finden wir Brückenmenschen zu den Zielgruppen, die wir erreichen wollen.

ER: Nicht nur Brückenmenschen, auch das Internet als vor knapp zwanzig Jahren noch neues Medium steht für den Ansatz, mit Zielgruppen dort in Kontakt zu kommen, wo sie sind. Ihr erster großer Aufschlag war – vor der Bundestagswahl 2002 – der Wahl-O-Mat ...

TK: ... der dank Entertainment auch eine Art Wow-Effekt bewirkte. Kurz nachdem wir ihn entwickelt und ins Netz gestellt hatten, probierten ihn Harald Schmidt und Manuel Andrack in ihrer Late-Night-Show aus. Etwa 200.000 Zuschauer machten das gleich nach. Unter dem Ansturm sind uns die Server zusammengebrochen.

ER: Inzwischen stellt die bpb aber längst nicht mehr nur diese Dienstleistung oder Informationen via Internet zur Verfügung. Wenn Fragen brennen, gehen Sie regelmäßig im Social-Web damit um.

TK: Weil wir dort viele Jugendliche erreichen. Wir brauchen aber Partner – Brückenmenschen. Für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus konnten wir Youtube-Stars wie *DieAussenseiter*, Simon Desue, *Digges Ding* und viele andere für eine Allianz gewinnen. Die Künstler interpretierten Blumios „Hey, Mister Nazi“ und kamen darüber mit Youtubern ins Gespräch. Die Seite hatte damals innerhalb von dreieinhalb Wochen 38.000 Aufrufe.

Es entstanden heftige Diskussionen, bis hin zu Wortschlachten. Als der Islam und der Salafismus ins Zentrum der politischen Auseinandersetzungen rückten und nur wenige genau wussten, womit sie es dabei zu tun hatten, gewannen wir unter anderen die Beauty-Bloggerin Hatice Schmidt, Begriffe des Islam zu erläutern. Es gab zwischen Salafisten am einen und Rechtsextremen am anderen Rand heiße Gefechte. Für die Moderation standen uns drei Religionswissenschaftlerinnen zur Seite.

• **Für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus konnten wir Youtube-Stars gewinnen.**

ER: Soziokulturelle Zentren erleben solche Auseinandersetzungen im analogen Leben. Ein Zentrum zum Beispiel arbeitet an Projekten mit Geflüchteten. Es muss sich dagegen wehren, von Salafisten unterlaufen zu werden. Ein anderes wird um Gebetsräume bedrängt. Kann es gleichzeitig muslimischen Geflüchteten die Teilnahme an Projekten ermöglichen und sich selbst als säkulare Einrichtung behaupten? Wieder andere Akteure, die unermüdlich gegen rechtsextreme Strukturen ankämpfen, finden eines Tages die Aufforderung TÖTET und dazu ihre Namen groß an Hauswände geschrieben. Wie spürt die bpb die Härte der Konflikte?

TK: Wir arbeiten nach dem Prinzip der Kontroversität. Das heißt: Die unterschiedlichen Meinungen zu einem Thema müssen – mit kenntlichen Quellen – sichtbar werden. Auf diese Weise findet natürlich jeder Vertreter eines politischen Lagers in unseren Veröffentlichungen auch seinen Gegner wieder. Die Welt ist nervöser geworden. Wer Vertreter anderer oder entgegengesetzter Ansichten gar

nicht zu Wort kommen lassen will, attackiert uns dann im Netz wie in Veranstaltungen. Das Pressing kommt aus rechtsradikalen, linksradikalen, pro- und anti-israelischen, pro- und anti-russischen, es kommt aus allen Richtungen. Die Bundeszentrale für politische Bildung als – übrigens weltweit einmalige – parteiunabhängige Behörde wurde im Ergebnis der Potsdamer Konferenz von 1945 gegründet. Sie sollte helfen, aus Nazis Demokraten zu machen. Auf einer Podiumsdiskussion im Saarland saßen mir einmal acht schneidige NPD-Leute gegenüber. Die zeigten eine aggressive Präsenz und schrieben eifrig mit. Man fühlte sich subtil bedroht und 70 Jahre zurück versetzt.

Das Pressing kommt aus rechts- und linksradikalen, pro- und anti-israelischen, pro- und anti-russischen Richtungen.

ER: Gerade hier geht es um Bildungsleistungen ...

TK: ... und wir können nicht aus einer Kathederposition heraus allein bestimmen, worin die bestehen. Unsere Zielgruppen sind überwiegend erwachsen. Sie lassen sich weder von oben noch von vorn gern belehren. Die bpb sieht sie als Partner, als künftige Koproduzenten unserer Angebote. Damit geben wir natürlich auch einen Teil Kontrolle ab. Aber diesen Kontrollverlust müssen wir wagen.



EDDA RYDZY ist freie Autorin mit Lehr- und Vortragstätigkeit.

➤ **Bundeszentrale für politische Bildung (bpb):** Die Bundeszentrale für politische Bildung unterstützt alle interessierten Bürger/-innen dabei, sich mit Politik zu befassen. Ihre Aufgabe ist es, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. Die Aufgabe der Bundeszentrale für politischen Bildung/ bpb ist es, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. www.bpb.de



„2006 brachte der Hamburger Künstler Jens Hucke-riede mit den Rappern Dan Wolf, Tommy Shepherd und Mad Max in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück mit Jugendlichen ein erstes ‚History-HipHopEvent‘ auf den Weg. Wir freuen uns, dass die MOTTE das Projekt ‚Sound in the Silence‘ auch nach Jens‘ Tod mit Dan weiterentwickelt und wir in diesem Jahr wieder ‚einsteigen‘.“

MATTHIAS HEYL Internationale Jugendbegegnungsstätte Ravensbrück der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück



„Das zakk und die VHS bieten durch kontinuierliche Kooperationen die Möglichkeit zur Qualifizierung, partizipatorischen und emanzipatorischen Auseinandersetzung mit globalen Themen und somit wichtige Anregungen zur Mitwirkung an demokratischen Prozessen.“

BARBARA KOKOSKA-THIEMANN Fachbereichsleiterin für Politische Bildung der Volkshochschule Düsseldorf



„Unser inklusives Projekt ‚BIG EARTH (Hotel California)‘ hätte ohne die Kooperation von klassischer Bildungsstätte mit Schwerpunkt politische Bildung, Profifilm (DirectorsCut.ch) und Soziokultur (Hüller Medienwerkstatt e.V.) nicht funktioniert.“

HENNING WÖTZEL-HERBER Pädagogischer Geschäftsführer des ABC Bildungs- und Tagungszentrums e.V., Drochtersen-Hüll

„Feminism? – Gönn Dir!“ und „CHICKS* UNITED!“

Performative Verschwörungen von Mädchen aus Bremen

von FLORIAN ACKERMANN

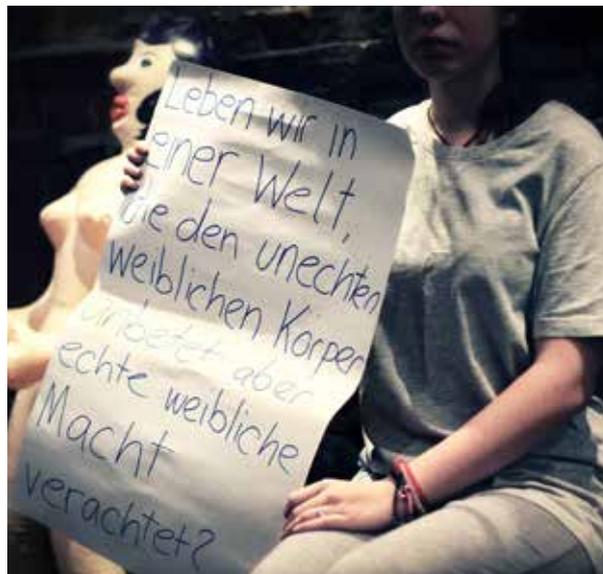
Theater, Politik und Soziales verknüpfen

Ein Laden im Bremer Viertel. Ein etwas dubioser Pop-up-Store ist hier für zwei Tage eingezogen: die Nagelbar des Performance-Duos *Quast & Knoblich*. In Individualbehandlungen verpassen sie ihren Kund/-innen ziemlich ausgefallene Nageldesigns, für eine Spritztechnik müssen diese sogar am ganzen Körper in Plastikfolie eingewickelt werden. Dazwischen streift eine monströse Hello-Kitty-Katze umher. Mittendrin einige Mädchen und junge Frauen, die ihren ganz eigenen Zugang zum schrägen Geschehen finden. Eine von ihnen ist passionierte Manga-Zeichnerin und fängt gleich an, Hello-Kitty zu porträtieren.

Die Gruppe gehört zum Performancekollektiv CHICKS*, in dem sich Mädchen und junge Frauen zwischen 14 und 18 zusammengeschlossen haben: Laien, professionelle Kunstschaffende und Vermittler/-innen. Für ihr Projekt „Gierige Chicks* – Feminism? Gönn Dir!“ haben sie sich mit dem Beratungs- und Bildungszentrum *Gewitterziegen e.V.* verbündet. Ihr gemeinsames Ziel ist es, Bilder von Geschlecht und damit verbundene Diskriminierung und Machtverteilung zu hinterfragen sowie in Diskussionen und auf der Bühne Alternativentwürfe zu entwickeln. Die *Gewitterziegen* begleiten das Projekt mit ihrer pädagogischen Erfahrung, ihrem politischen Anliegen und schaffen Vertrauen: „Wir sind eine Kooperation eingegangen mit dem Ziel, Theater, Politik und Soziales zu verknüpfen. Einbindung in die Gesellschaft und Empowerment von jungen Frauen durch künstlerische Praxis und solidarische Vernetzung ist unser Ziel.“ (CHICKS*)

Weiblichkeit und Queerness hinterfragen

Im Bündnis sind auch zwei Kulturveranstalter, die eher für unkonventionelle Kunstereignisse bekannt sind: das Theater *Schwankhalle* und das Frauenkulturlabor *thealit*. In den ersten Monaten ihrer Zusammenarbeit begehen sich die Chicks erst einmal auf eine Entdeckungsreise durch die zeitgenössischen Künste: In der *Schwankhalle* und im Ladenlokal von *thealit* sehen sie sich Theater- und Tanzgastspiele sowie Installationen an, die sich mal ganz direkt, mal über Ecken um Weiblichkeit oder Queerness drehen. Nach den Aufführungen und Ausstellungsbesuchen nehmen sie sich im geschützten Rahmen Zeit für Gespräche, für die die Theatervermittler/-innen im Kollektiv jeweils eine spezielle Form entwickeln. Jüngere und



Aufführung LANDSCHAFT mit CHICKS. how to bleed one week a month, 2016 © Onkel Oxe

ältere Chicks haben so gleichberechtigt die Möglichkeit, individuelle Zugänge zur jeweiligen künstlerischen Position zu finden. Sie lernen so, der Auseinandersetzung mit der eigenen Wahrnehmung und dem subjektiven Blick zu vertrauen und Hemmschwellen abzubauen, was gerade für den Umgang mit performativen Kunstformen wichtig ist. Das Projekt „CHICKS* UNITED!“ ist ebenso Teil der großen Mission von CHICKS*. Darin geht es um eine gemeinsame Inszenierung: Die Chicks betreiben Recherchen zum Thema Macht, zeigen sich gegenseitig Videos von Frauen, die Macht ausüben, diskutieren über Frauen, die für sie als Vorbilder in Frage kommen. Aus der Theorie wird Praxis in kleinen Performance-Entwürfen, die die Chicks gemeinsam ausprobieren und für die sie sich gegenseitig als Testpublikum zur Verfügung stellen.

„In einem Theater-Probenprozess, werden individuelle Anliegen der Teilnehmerinnen bearbeitet. In der kollektiven Recherche- und Probenarbeit werden die Mädchen zu Expertinnen ihrer weiblichen Lebensrealitäten. Das Projekt fordert zu jedem Zeitpunkt eine aktive Mitgestaltung der Teilnehmerinnen als ernst zu nehmende Theatermacherinnen und als Teil der Gesellschaft.“ (CHICKS*)

„Für mich geht es um den Kampf der Frauen, darum, um zu zeigen, was wir können und was wir alles NICHT müssen; [...] Und vor allem geht es darum, das zu machen, worauf man Bock hat!“ (Jule, 16, Performerin bei CHICKS*)

Die große Show wird am 22. und 24. September 2017 in der *Schwankhalle Bremen* zu sehen sein.

„Gierige Chicks* – Feminism? Gönn Dir!“ wird unterstützt durch „Wege ins Theater!“, das Förderprogramm der ASSITEJ im Rahmen von „Kultur macht stark! Bündnisse für Bildung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. | „CHICKS* UNITED!“ wird gefördert durch das Projekt „Jugend ins Zentrum!“ der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V., ebenfalls im Rahmen von „Kultur macht stark!“. | www.schwankhalle.de, www.chicksperformance.de



FLORIAN ACKERMANN ist Mitarbeiter für Programmgestaltung in der Schwankhalle Bremen.

Die Welt verbessern? Vor Ort starten!

Das Projekt „Globale Solidarität – vor Ort“ des Bahnhofs Langendreer begleitete junge Menschen in politisches Engagement

von KRISTIN SCHWIERZ

Kreative Aktionsformen sollten es sein, mit wenig Leuten viel Aufmerksamkeit erzeugen: also Slogans erdacht, Schablonen gebastelt und mit Sprühkreide durch die Innenstadt gezogen. Währenddessen im Supermarkt: verstecktes Theater – laute Debatten über den Kauf von Tomaten, die unter ausbeuterischen Bedingungen produziert wurden. Und dabei: unauffällig die Flyer für die „Spaghetti alla terra del futuro“ platziert, die wie Produktwerbung aussehen, aber mit Infos zu globalen Produktionsbedingungen gespickt sind. Es ist Projektabschluss. Ein Jahr lang hatten die Teilnehmenden des Projekts „Globale Solidarität – vor Ort“ im *Bahnhof Langendreer* in Bochum auf diese gemeinsamen Öffentlichkeitsaktionen zum Thema Welternährung hingearbeitet.

Projektziel war es, einen Einstieg in politisches Engagement zu ermöglichen. Zielgruppe waren Menschen zwischen 18 und Anfang 30, die sich für das Themenfeld globale Gerechtigkeit interessieren. Es sollte eine Gruppe entstehen, die das Projektjahr überdauert, mit der Perspektive ein jüngerer politisches Umfeld zu schaffen, das wiederum neue Leute einbindet.

Für den *Bahnhof Langendreer* ist diese Nachwuchsförderung ein Anliegen, weil Gesellschaftspolitik seit 30 Jahren ein fester Arbeitsbereich im Haus ist. Die Auseinandersetzung mit globalen Verhältnissen bildet darin einen Schwerpunkt, das politische Umfeld ist aber hier über die Jahre stark geschrumpft.

Das politische Interesse bei Jüngeren und die Bereitschaft, aktiv zu werden, ist da, die Unsicherheit allerdings groß, wie

man das genau anfängt. Gleichzeitig haben sich die sozialen Rahmenbedingungen für Engagement radikal verändert, zeitliche Freiräume sind knapp geworden. So entstand die Projektidee: ein Mitmachangebot, das Zuverlässigkeit und Orientierung, gleichzeitig jedoch größtmögliche Offenheit bietet. Gefüllt wurde es mit monatlichen moderierten Gruppentreffen, einem offenen Workshopprogramm zu Skills (zum Beispiel Pressearbeit), Methoden (zum Beispiel kreative Protestformen) und inhaltlichen Themen (zum Beispiel Anti-Rassismus) sowie Exkursionen.

Das Projekt startete im Herbst 2015 mit einer offenen Einladung. Es war auch ein Experiment: Gelingt es, Kontinuität in die Gruppe zu bringen? Können sich alle auf ein gemeinsames Thema verständigen?

Nach den ersten Monaten mit einiger Fluktuation hatte sich ein fester Kern gebildet. Dass im Projektzeitraum eine Gruppe entstanden ist, die gemeinsam Aktionen organisiert hat, bestätigt für uns das Konzept. Auch die Teilnehmenden bewerteten es im Feedback durchweg positiv. Maßgeblich war auch die Gruppendynamik, in der schnell eine vertrauensvolle, nette Atmosphäre entstanden ist. Durch die Moderation des Gruppenprozesses konnten alle mit ihren Ideen mitgenommen und Frustrationen aufgefangen werden. Die Themenfindung brauchte Zeit und war moderationsintensiv, bei der selbstständigen Arbeit war anfangs viel Unterstützung nötig und die Zuverlässigkeit schwankte zeitweise enorm. Die mit einer Fachkraft besetzte Projektstelle erwies sich in diesem Prozess als unverzichtbar.

Was bleibt? Das Ziel, eine kontinuierliche Gruppe zu schaffen, erfüllte sich nur teilweise. Durch Wegzüge ist nur die Hälfte der Teilnehmenden geblieben. Diese arbeiten aber bereits am nächsten Vorhaben und vernetzen sich mit ähnlichen Gruppen in der Region. Und wenn es einen neuen Projektdurchlauf gibt, werden einige auch wieder mit dabei sein: Diesmal als Multiplikator/-innen, die ihre Erfahrungen einbringen können.



KRISTIN SCHWIERZ ist Programmplanerin und Projektleiterin im Bereich politische Bildung des *Bahnhofs Langendreer*.



Aktionsform Sprühschablonen: erste Versuche | Workshop zu kreativen Aktionsformen



„Möhrekonform“ ist eine Geisteshaltung

Seit 2014 findet jedes Jahr im Sommer das „Wilde Möhre Festival“ mitten in der grünen Lausitz statt. Unter freiem Himmel feiern rund 5.000 Besucher/-innen die utopische Blaupause eines friedlichen, fairen und toleranten Miteinanders.

von JULIA BUSCH

Was ist ein gutes Leben? Wer möchte ich sein? Nach welchen Werten will ich streben? Gemeinsame Sinnfragen brachten vor einigen Jahren das heutige Kollektiv um die *Wilde Möhre* zusammen, und die Idee wurde geboren, gemeinschaftliche Erlebnisse für jeden zu schaffen – ungeachtet von Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe, Alter oder sexueller Orientierung.

„Hören, Sehen, Fühlen“

Im brandenburgischen Göritz fand sich Raum für die Verwirklichung aller Ideale – für interkulturelle Begegnungen und für sinnerfülltes gemeinschaftliches Erleben. Getreu dem Motto „Hören, Sehen, Fühlen“ schafft das „Wilde Möhre Festival“ seitdem jedes Jahr aufs Neue eine einzigartige Atmosphäre: Das Team setzt auf Genrevielfalt und handgemachte Musik mit Herz, auf etablierte Künstler/-innen ebenso wie auf handverlesene Newcomer. Gemeinsam wird ein harmonisches Zusammenspiel diverser Musikrichtungen geschaffen – von elektronischer Musik über Hip Hop bis zu Indie und Pop. Das kulturelle Rahmenprogramm erstreckt sich über Theater, Independent-Kino und Literatur bis zu Workshops, in denen die Besucher/-innen selbst aktiv werden können. Jeder ist aufgerufen, das Festival mit eigener Kreativität und Energie aktiv mitzugestalten und individuell zu erfahren: Wer nicht gerade tanzt oder guter Musik lauscht, der streift durch die Natur und erkundet heimische Wildkräuter, fertigt Gipskulpturen an,

belegt Zeichen- und Yogakurse oder lernt, wie man mit natürlichen Zutaten sein eigenes Bio-Waschmittel herstellt.

Wissenschaftliche Vorträge, Lesungen, Poetry-Slams und Diskussionsrunden setzen sich mit Themen wie Nachhaltigkeit, Diversity, soziale Verantwortung und Sinnsuche auseinander. Vermittelt werden humanistische Werte und eine offene, tolerante Weltanschauung – abseits von gesellschaftlichem Druck und einer zunehmend reizüberflutenden und konsumorientierten Gesellschaft.

Respekt für Mensch und Umwelt

Eine nachhaltige Lebensweise ist tief im Selbstverständnis der *Wilden Möhre* verankert, und das Festival wird so umweltfreundlich wie möglich durchgeführt. Kompostierbares Geschirr, Fairtrade-Produkte, chemikalienfreie Öko-Toiletten sowie die Verwendung ausschließlich saisonaler und regionaler Zutaten im gastronomischen Bereich sind nur einige der Maßnahmen, die stetig erweitert werden.

Raum für interkulturelle Begegnungen

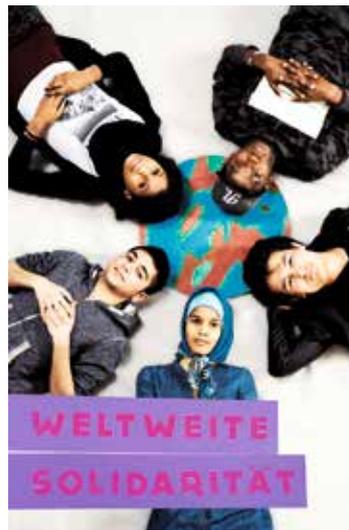
Das Thema Kulturaustausch ist ein Herzensprojekt der *Wilden Möhre*: Es werden Spenden gesammelt für Geflüchtete und junge Krebskranke, um ihnen den Festivalbesuch und damit ein schönes Erlebnis zu ermöglichen. Neben dem Festival organisiert das Kollektiv um die *Wilde Möhre* diverse Klub-Veranstaltungen, betreibt ein eigenes Musik-Label und eine Bar in Berlin-Lichtenberg, wo der Geist des Festivals urban aufgegriffen wird. Alle Projekte eint die Identifikation mit gemeinsamen Werten, die unter dem Begriff „möhrekonform“ zusammengefasst werden und alle Unternehmungen der *Wilden Möhre* prägen. Es geht um eine Weltanschauung, um eine offene und positive Geisteshaltung und darum, diese Werte zu vermitteln und mit ihnen Einfluss zu nehmen.



Fotos: Unter Gleichgesinnten: harmonisches Feiern zu handgemachter Musik mit Herz © twoseconds photography (oben) | Mit Körper und Geist im Einklang: Yogakurs © Flo Force Photography | Mehr Informationen und Tickets unter www.wildemoehrefestival.de.



JULIA BUSCH ist Redakteurin bei der *Wilden Möhre*.



Ich bin die Wahl

Ein Jugendkunstprojekt des Kunsthaus KUBO

von **KATRIN JAHN**

WIR SCHAFFEN DAS ... MAKE AMERICA GREAT AGAIN ... ZEIT FÜR MEHR GERECHTIGKEIT ... Was würdest du versprechen, um gewählt zu werden? Wie inszenierst du dich? Was sind deine großen Träume und kleinen Spinnereien für die Gesellschaft, in der du lebst? Mit diesen Fragen startet das partizipatorische Jugendkunstprojekt „Ich bin die Wahl“ in Bremen. Jugendliche im Alter von 11 bis 18 Jahren setzen sich mit dem Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 auseinander und werden dabei von Künstler/-innen und Pädagog/-innen unterstützt. Wer verspricht was? Welche Bilder werden dafür entworfen? Welche Sprache wird gewählt? Ästhetik, Absicht und Wirkung von Wahlplakaten und Wahlwerbespots werden unter die Lupe genommen. Darauf aufbauend entwickeln die Teilnehmer/-innen Plakate und Videospots zu Inhalten, die ihnen am Herzen liegen, und zu Änderungen, die sie als Expert/-innen in eigener Sache einfordern – von amüsant, provokant bis todernst.

Das Projekt orientiert sich an den Interessen von Jugendlichen: Inszenierung und Selbstdarstellung, Beteiligung und vielleicht auch Provokation. Kunst und digitale Medien eröffnen eine neue Form der Auseinandersetzung mit den Themen Wahlen, Demokratie und Teilhabe. Die Beschäftigung mit Fragen wie „Wofür will ich mich einsetzen?“ oder „Was ist politisch, was privat?“ setzt die Reflexion eigener Lebensvorstellungen und Ziele in Gang.

Schnupperworkshops an Schulen und Übergangswohnheimen machen auf das Projekt aufmerksam. Fotowände von Merkel, Trump, Erdoğan & Co. laden ein, kurz in deren Rolle zu schlüpfen und die eigene Botschaft zu verbreiten. Ein wunderbarer Anknüpfungspunkt für Gespräche über Politik, Meinungen und Demokratie. In mehrtägigen Workshops werden anschließend unterschiedliche Aspekte der Ideenentwicklung fokussiert: Kunst und Politik ist der

Einstieg in die Auseinandersetzung. Was heißt plakativ? Welche Partei wirbt wie und womit?

Im Workshop „Performance“ setzt Theaterkünstler Felix Reisel Gestik, Mimik und Rhetorik in den Mittelpunkt. Schriftstellerin Donka Dimova rückt bei „Text und Meinung“ die Sprache in den Fokus, um politische Slogans zu entwickeln. Modedesignerin Anastasia Lotikova widmet sich Mode, Requisiten und Locations: Was wird sichtbar? Welche Wirkung erzeugt es? Im Fotografie- und Videoworkshop unterstützen die Künstlerinnen Paulina Cortés, Ele Hermel und Fotograf Lukas Klose die Jugendlichen mit Profi-Equipment bei der Umsetzung ihrer Ideen. Auch Videoschnitt und Fotobearbeitung werden vermittelt.

Was würdest du versprechen, um gewählt zu werden?

Gearbeitet wird an unterschiedlichen Orten: im Atelier vom *Kunsthaus KUBO*, im *Schlachthof Bremen* und im *Künstlerhaus Güterbahnhof*. Auch Exkursionen finden statt: Die Teilnehmer/-innen des Workshops „Kunst & Politik“ mit Dr. Adrienne Körner werden die Bremische Bürgerschaft besuchen, Gespräche mit Bundestagsabgeordneten inklusive. Um zu erfahren, wie eine Wahlkampagne aufgebaut wird, besuchen sie Bremer Parteizentralen und Werbeagenturen. Das Projekt wird an Wochenenden im Juni und in den Sommerferien 2017 umgesetzt. Die Jugendlichen erhalten ein Zertifikat über die erfolgreiche Teilnahme. Bei der Abschlusspräsentation in der Bremischen Bürgerschaft im August werden die fertigen Wahlplakate und Wahlwerbespots sowie Zwischenergebnisse und Live-Beiträge aus den Workshops einer breiten Öffentlichkeit gezeigt.

Kunsthaus KUBO in Kooperation mit *Creaclic*; *Schlachthof Bremen* in Zusammenarbeit mit der Oberschule am Leibnizplatz. Gefördert durch „Jugend ins Zentrum!“ | www.kubo.de, [facebook: Kunsthaus KUBO](https://www.facebook.com/KunsthausKUBO)



KATRIN JAHN ist Projektleiterin im Kunsthaus KUBO in Bremen.

Zwischen vorgestern und übermorgen

„Potsdam lab, wem gehört die Stadt?“, ein gemeinsames Projekt des *Waschhaus e.V.*, der *Kunstschule e.V.* und des *freiLand e.V.* in Potsdam, bietet Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren partizipative Möglichkeiten, sich ihre Stadt anzueignen und in ihr Freiräume zu erobern. Das Vorhaben ist in einer seit Langem anhaltenden Auseinandersetzung angesiedelt.

von SIEGFRIED DITTLER

Weite Horizontale

Von Potsdam schwärmen viele. Mit ihren Schlössern, Kirchen, Gründerzeitvillen, fünf Hochschulen und Universitäten, den Filmstudios Babelsberg, der bunten Kulturszene und einigen Start-ups ist die Stadt alt und jung zugleich. Drei Viertel ihres Gebiets nehmen Seen, Kanäle und Flüsse sowie Grün- und Landwirtschaftsflächen ein. Finanzstarke Menschen mit Lust auf Villa und Bootsanlegesteg fühlen sich magisch angezogen. Die schon lange hier wohnen, sind in der Regel nicht finanzstark und haben anderes in den Köpfen.

Nahe Horizontale

Die nach der Wende hier in Villen zogen, nahmen auch Plätze in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft ein. Sie brachten Geld mit, Gestaltungswillen und Vorstellungen von der Stadt. Vielleicht auch, um einen Kontrapunkt zu den wilden Berliner Vierteln zu setzen, lief und läuft das oft auf eine architektonische Rekonstruktion der preußischen Residenz hinaus. Inzwischen leuchten Bewohner/-innen und Tourist/-innen eine Menge neu-alter Fassaden entgegen. Bevor die entstehen konnten, wurde weniger Altes abgerissen.

Vertikale in Stücken

Die wichtigsten zentralen Plätze sehen aus, als ob ein Stück Zeitachse fehlt. Die Moderne ist fast vollständig verschwunden. Hauptsächlich Zeugnisse der 40 DDR-Jahre werden eifrig entsorgt. Demnächst soll das Gebäude der Fachhochschule verschwinden. Es wurde zu Beginn der 1970er gebaut und wird von Architekturkenner/-innen hoch geschätzt. Bei dem ehemaligen Interhotel, das heute *Mercure* heißt und mit 60 Metern Höhe die Skyline bestimmt, wird ein Abriss nicht gelingen. Bürger/-innen wehren sich bereits seit Jahren heftig dagegen, dass jüngere Geschichte ungeschehen gemacht werden soll, und vor allem dagegen, dass die Entscheidungsprozesse an ihnen vorbeigehen.

Neugier

In all den Auseinandersetzungen hat Soziokultur nicht nur ein günstiges Klima, sie wird wirklich gewollt und gefördert. Es klingt paradox, aber sie hat hier tatsächlich so etwas wie Heimat. Und gerade aus soziokultureller Sicht fragt sich: Wie geht es eigentlich den Heranwachsenden in diesem Potsdam zwischen vorgestern und übermorgen? Von den aktuell politisch auszufechtenden Konflikten sind sie nicht direkt berührt. Parteinahme ist für sie eher eine Art elterliches Erbe. Ihre Situation unterscheidet sich sehr von der, in der sich damals die Gründer/-innen der ersten soziokulturellen Zentren befunden haben. Die brauchten und nahmen sich freie Räume. Um den raumfordernden, triumphierenden Eigensinn, der die östliche Off-Szene der Nachwendejahre kennzeichnete, geht es längst nicht mehr. Auch nicht um das politische Aufbegehren gegen schweigende konservative Eltern wie im Westen. Wer sind die jetzt Heranwachsenden? Wie wollen sie in ihrer Stadt leben? Was wollen sie miteinander auf die Beine stellen oder anstoßen? Wie sehen sie uns? Wofür brauchen sie Freiräume? Brauchen sie überhaupt Freiräume? Was haben sie uns zu sagen? Und: Wie sagen sie es? Aus Neugier darauf entstand die Idee zu „Potsdam lab, wem gehört die Stadt?“ Die ersten Workshops haben bereits stattgefunden. Sie lassen manche Antworten und neue Fragen erwarten.

Einladung

Am 15. Juli werden im Rahmen von „Stadt für eine Nacht“ erste Ergebnisse präsentiert. Im Foyer der *Waschhaus Arena* wird eine interaktive Projektion zu sehen sein, deren Grundlage Fotos der Instagram-Kampagne und Ergebnisse aus den künstlerischen Workshops von beteiligten Jugendlichen sind.

Gefördert durch „Jugend ins Zentrum!“ der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V. im Rahmen des Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ des Bundesministerium für Bildung und Forschung. www.potsdamlab.de, www.waschhaus.de

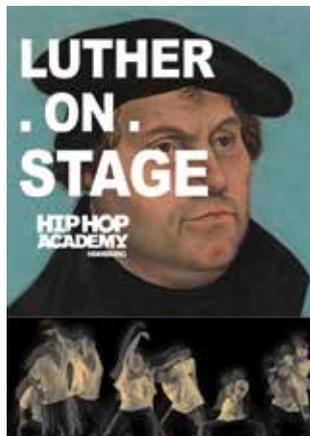


SIEGFRIED DITTLER ist Geschäftsführer der *Waschhaus Potsdam gGmbH*.

Luther.ON.Stage – hip oder hop?!

Die HipHop Academy Hamburg transformiert Luthers Werte in die heutige Zeit

von DÖRTE INSELMANN



Im Jubiläumsjahr der Reformation begegnet einem Martin Luther in all seinen Facetten. Medien von Film bis Theater setzen sich mit Thesen und Leben des Reformators auseinander, auch auf kritische Weise. Hierzu wandte sich 2016 die Nordkirche auf Initiative

von Bürgerschaftsabgeordnetem Wolfgang Rose und Bischöfin Fehrs an die *HipHop Academy Hamburg* (HHAH), um eine künstlerische Auseinandersetzung der Hiphop-Artist/-innen mit der Thematik Luther zu beauftragen. Was denkt die junge Generation außerhalb der Kirche über Luther? Gibt es gemeinsame Werte mit der Hiphop-Kultur? Dem künstlerischen Produktionsteam der HHAH wurde Luthers Wirken in einem Crashkurs durch den Beauftragten des Sprengelbeirats Dr. Günther Wasserberg nahegebracht, der das Projekt auch beratend begleitete. Die künstlerische Freiheit wurde der HHAH von der Kirche ohne Einschränkung zugestanden – Grundvoraussetzung für die Bereitschaft der HHAH, sich auf das Experiment einzulassen. Weiter war die kritische Auseinandersetzung mit Luthers Weltanschauung Prämisse und stieß auf Interesse bei den jungen Künstler/-innen, von denen viele selbst Mitglied einer Kirche sind.

Hiphop – Heimat einer jungen Generation

Hiphop-Kultur – als afroamerikanische Bewegung aus dem New Yorker Stadtteil Bronx stammend – hat sich weltweit verbreitet und gilt als größte Jugendkultur aller Zeiten. Durch diese Kultur eroberten sich Jugendliche selbstständig den Zugang zu Kunst und Kultur; unabhängig von finanziellem Hintergrund und gesellschaftlichem Status. Eigene Kunstformen wie Hiphop-Dance, DJing, Beatbox und Rap wurden entwickelt. Speziell Rapper waren und sind immer wieder Sprachrohr für gesellschaftliche Missstände und Veränderungen. Auch an den anderen künstlerischen Arbeiten der aktuell 700 HHAH-Student/-innen bemerken wir, dass Themen wie Unterdrückung, soziale



Misstände, Krieg, Rückgrat und Gemeinschaft in der künstlerischen Auseinandersetzung zunehmend bearbeitet werden. Hiphop ist mehr als eine Kunstform – er stiftet weltweit Identität und ist Heimat einer jungen Generation, die so Gesellschaft mitgestaltet. Respekt, Toleranz und eigene Kreativität sind die selbstregulierenden Werte der sogenannten „Old School“-Hiphop-Kultur. „Kultur für alle“, der langjährige Slogan der Soziokultur, wird durch Hiphop weltweit in einer neuen Dimension gelebt, gestaltet und eingefordert. Gerade Kids aus benachteiligten Gebieten und Herkunftsn wird durch Hiphop gesellschaftlicher Zugang eröffnet.

Das Universelle aus heutiger Sicht

Luther wollte der Allgemeinheit Zugänge zur Religion eröffnen. „Religion für alle“ war sein Anliegen. Wie junge Künstler/-innen sich Luther erschließen und seine Werte in die heutige Zeit transformieren, war Thema von „Luther.ON.Stage“. Am Projekt waren verschiedene Trainer/-innen der HHAH beteiligt, unter anderen Hiphop-Dance-World-Champion Ben Wichert als Choreograf. Alle Student/-innen und Künstler/-innen trugen das ihre zur Interpretation bei. Song und Rapstücke wurden selbst produziert und von Dramaturg Anatoly Zhivago zu einem 25-Minuten-Stück zusammengesetzt, das er wie folgt beschreibt: „In einer freien Interpretation haben wir gemeinsam versucht, uns den Kernthemen, die auch Luther zu seiner Zeit bewegt haben, künstlerisch zu nähern. Unser Ziel war es, das Universelle in diesen Themen zu suchen und uns aus heutiger Sicht mit starken Texten, Bildern und Performances darzustellen.“ Die Aufführungen im Herbst 2016 in der Hamburger Kulturkirche St. Johannis sowie im *Terminal Tango* vor 1.000 Zuschauer/-innen begeisterten Jugendliche wie auch Kirchenleitung.

Foto: Aufführung im *Terminal Tango* am 16. November 2016 beim Jugendtag der Evangelischen Jugend Hamburg © Jonas Walzberg | www.kph-hamburg.de, www.hiphopacademy-hamburg.de



DÖRTE INSELMANN ist Vorstand und Intendantin der Stiftung Kulturpalast Hamburg und der *HipHop Academy Hamburg*.



Mölln und die Raumfahrt

Der Verein *Miteinander leben e.V.* engagiert sich seit 25 Jahren für demokratischen Umgang mit unterschiedlichen kulturellen Mustern. Gemeinsam verantwortete politische Bildung stellt den Schwerpunkt seiner Arbeit dar. Mark Sauer ist seit 2007 der Vereinsvorsitzende.

von EDDA RYDZY



Aufgeweckt

Mark wächst in einer holsteinischen Kleinstadt und in einer unpolitischen Familie auf. Die Schulzeit startet er während der friedlichen Heckwellen der 68er. Seine Jugend findet ohne größere Beunruhigung statt. Nach dem Abitur beginnt er in Berlin Politikwissenschaft zu studieren. Für ein Auslandsjahr zieht er nicht nach Cambridge oder New York, sondern nach Houston. Da hat ihn eine Frau hingelockt.

„Houston, wir haben ein Problem“ ist ein Zitate-Klassiker. Der Astronaut James Lovell sagte das, als Apollo 13 nicht planmäßig zum Mond flog, sondern in wichtigen Bestandteilen den Dienst quittierte.

1992 scheint es fast, als riefe die Heimat ihre Probleme über den Atlantik nach Houston. Mark erfährt von einem amerikanischen Nachrichtensprecher, dass in Mölln Brandanschläge verübt wurden. Auf zwei Häuser, in denen türkische Familien wohnten. Zwei Mädchen und ihre Großmutter starben. Die Täter: rechtsextreme Jugendliche.

Dass es in Mölln Rechtsextreme gibt, ist Mark nicht bewusst. Er hat keine Ahnung. Ein knappes Jahr später kehrt er nach Mölln zurück. Er hört sich um, fragt nach und erfährt: Seit Jahren setzt sich die Antifa mit Rechtsextremen der Region auseinander. Es gibt rechte Strukturen im ländlichen Raum. Ganze Familien haben eine rechtsextreme Geschichte. Gegen diese Positionen und Entwicklungen will Mark etwas tun. Er tritt in den Verein *Miteinander leben* ein.

Im Wandel stetig

Rostock-Lichtenhagen setzte im August 1992 den Ausgangspunkt für eine Serie von Anschlägen auf Unterkünfte von Asylsuchenden. Molotowcocktails flogen. Die Nachrichten zeigten Polizeieinsätze in Rostock, Neubrandenburg, Lübz, Boizenburg, Anklam, Waren, Wismar, Güstrow ... alles Städte in Mecklenburg-Vorpommern. Das anheimelnde Mölln mit seinen roten Backsteinhäusern, den verwinkelten Gassen, den alten Bäumen und mit seinem Eulenspiegel auf dem Markt – es schien auf einem anderen Planeten zu liegen. Nicht nur Mark hatte zuvor nichts bemerkt. „Noch heute“, sagt er, „wird man hier in den seltensten Fällen Rechten begegnen oder sie im Alltag wahrnehmen.“ Die tödlichen Anschläge von 1992 waren für die allermeisten Möllner/-innen ein Schock. Auf den reagierte die Bürgerschaft unterschiedlich. Manche wollten zuerst und vor allem unschuldig sein. Zuerst und vor allem gemeinsam gegen das Unheil aktiv werden wollten andere.

Eine Bürgerinitiative gründet kurz nach der brennenden Nacht den Verein *Miteinander leben*. Ihre Ziele: „[...] das Zusammenleben von deutschen und ausländischen Mitbürgern [...] verbessern, Aufklärungsarbeit gegenüber rechtsextremistischen Auswüchsen [...] betreiben und vor allem junge Menschen mit verschiedenen Bildungsangeboten für eine demokratische Lebenseinstellung [...] gewinnen.“



Dass eine Bürgerinitiative ein Vierteljahrhundert aktiv überdauert, kommt selten vor. Der Verein zählt heute knapp einhundert Mitglieder. Er arbeitet – einschließlich seines Vorsitzenden, der täglich zwei, drei Stunden dafür investiert – vollständig ehrenamtlich. In den ersten Jahren gehen Aktionismus und alltägliche Leistungen der Nachbarschaftshilfe Hand in Hand. Immer wieder Stände auf Straßen, Demos und Podiumsdiskussionen in immer neu zu findenden Räumen werden organisiert. Hausaufgabenhilfe für türkische Mädchen und Jungen gibt es noch nirgendwo. *Miteinander leben* bringt sie auf den Weg und stellt bis heute alle zwei Jahre die „Folkfeste“ auf die Beine. Weil es eben nicht um „das Volk“, sondern um Folk von überall geht. Weil Musik eine universelle Sprache ist. Weil mit den Musiker/-innen weite Welt in das Leben Tausender Besucher/-innen strömt.

Der Verein verfolgt seine Ziele anhand langfristig vereinbarter, strategischer Konzepte.

Einen ersten Anker im Aktionstrubel erhält der Verein 1995 mit der ehemaligen Lohgerberei. Die Stadt Mölln schenkt ihm die heutige Begegnungsstätte für eine Mark und zahlt nach wie vor achtzig Prozent der Betriebskosten. Es vergehen noch einmal etwa fünf Jahre, bis der Verein seine Arbeitsweise grundsätzlich ändert. Er verfolgt seine Ziele zwar noch bei aktuellem Bedarf auf kurzfristigen Zuruf, hauptsächlich aber anhand langfristig vereinbarter strategischer Konzepte. Und er nimmt politische Bildung zum inhaltlichen Zentrum.

Mit „Brandmal“ erfolgreich

Knapp zehn Jahre nach den Anschlägen zeigt sich: Eine neue Generation ist herangewachsen. Sie hat von der Nacht des ethischen Super-GAU gehört, ohne sich viel dazu zu denken. Mancher weiß nicht einmal, dass es sich um zwei in Brand gesetzte Häuser handelte. Wie kann sich jemand – auch noch verhaltensprägend – an Dinge erinnern, die er nicht selbst erlebt hat? Die jährlichen Gedenktage tragen in Mölln jedenfalls nicht allzu viel bei. Der Vater der 1992 getöteten Mädchen möchte mit seiner Familie gern allein bestimmen, wie die Gedenkveranstaltungen

ablaufen. Damit haben viele Initiativen und Aktive, auch der türkischen Community, das erste Problem. Wegen einer kriminellen Vergangenheit und Drogendelikten ist der Vater eine Reizfigur. Das zweite und größere Problem liegt in der Ritualisierung. Immer gleiche Redner/-innen und immer gleiche Reden führen selten zu bleibenden Aha-Effekten. Im Möllner Stadtarchiv liegen für vier Auftritte von Vertreter/-innen des türkischen Konsulats vier exakt wortgleiche Texte.

Miteinander leben hält es mit dem Gegenteil von Riten. An einem Strang mit Politik, Kirchen, Verbänden und Schulen organisiert der Verein komplexe Bildungsprojekte. „Open mind“ wendet sich mit thematischen Angeboten zum Brandhaus in der Mühlengasse, zu „Antisemitismus“, „Zivilcourage“ und „Toleranz“ an Jugendliche, mit Weiterbildungsangeboten der „Demokratiepädagogik“ an Lehrer/-innen. Seine klassischen Formate der politischen Erwachsenenbildung wie Vorträge und Seminare werden gut besucht. Einen starken Pfeiler bildet die kulturelle politische Bildung. Im „Mobilen Demokratietheater“ nehmen Jugendliche mithilfe einer Theaterpädagogin einen künstlerischen Zugang, um sich brennende Themen zu erarbeiten – buchstäblich zum Beispiel die tragischen Möllner Geschehnisse in „Brandmal“.

Man braucht lange, um sich auf der Website des Vereins einen Überblick über seine rege Aktivität, sein breites Spektrum und die große Resonanz zu verschaffen. Nicht umsonst besitzt er mehrere Preise und fördert ihn die Bundeszentrale für politische Bildung als zertifizierten Träger. Alles gut?

Sich erden und fliegen

Bei allen Erfolgen: Es gibt hier weiterhin Menschen mit rechtsextremen Haltungen. Die werden von massiven rechten Strukturen im nahen Mecklenburg-Vorpommern gern unterstützt. In regelmäßigen „Regionalkonferenzen Rechtsextremismus“ tauschen Expert/-innen und engagierte Bürger/-innen aus Brandenburg, Hamburg, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein ihre Kenntnisse über solche Strukturen aus und stimmen sich ab. Das funktioniert, wie auch das gut eingespielte Möllner Netzwerk gut funktioniert. Wogegen die Rechten aufzutrupfen versuchen. So fährt eines Tages Marks Tochter mit dem Schulbus am Rathaus vorbei. Dick an dessen Wand geschrieben liest sie: TÖTET SAUER!

Apollo 13 erreichte mit seiner klapprigen Kapsel den Mond nicht. Doch dank ihrer Kreativität und der Unterstützung aus Houston gelang es der Besatzung, wohlbehalten zur Erde zurückzukehren. So gesehen sind Mark und seine Mitstreiter/-innen Astronauten – im gesellschaftlichen Universum.

Weitere Informationen: www.verein-miteinander-leben.de



EDDA RYDZY ist freie Autorin mit Lehr- und Vortragstätigkeit.

Arbeitsfeld Gesellschaft

Das *zakk* in Düsseldorf ist eines der wenigen Häuser mit einem eigenen Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft.

von JOCHEN MOLCK

Vielfältig und breit

Im Düsseldorfer Kulturzentrum *zakk* gibt es den Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft. Zwei Kolleg/-innen, die auch noch für andere Bereiche zuständig sind, teilen sich das Arbeitsfeld. Das regelmäßige Angebot ist vielfältig und sehr breit angelegt: Es reicht von Veranstaltungen des Düsseldorfer Aufklärungsdienstes, einer kirchenkritischen Initiative, über Diskussionsveranstaltungen zu den Verhältnissen in der Türkei, den USA und in Syrien bis hin zu Workshops über den Umgang mit Rechtspopulist/-innen oder einer Kryptoparty, auf der praktischer Datenschutz vermittelt wird. Andere Formate sind politische Frühstücke, Podiumsdiskussionen und Runde Tische. Ergänzend werden regelmäßig Projekte organisiert wie das „Edelweiß-Piraten-Festival“, bei dem es um unangepasste Jugendkulturen geht, oder interkulturelle Schreibwerkstätten, die das Leben in unserer Einwanderungsgesellschaft thematisieren.

Neutral und offen

Parteilpolitische Neutralität hat eine gewisse Tradition im *zakk*, obwohl das Kulturzentrum von den meisten Gästen sicherlich eher im links-alternativen Spektrum verortet wird. In der Regel werden die politischen Veranstaltungen und Angebote in Kooperation mit Gruppen, Initiativen und Stiftungen aus der Stadtgesellschaft organisiert. Kooperation und Vernetzung ist ein wichtiger Arbeitsansatz: *zakk*-Mitarbeiter/-innen trifft man bei vielen Gelegenheiten zu politisch wichtigen Terminen in der Stadt, sie sitzen in kommunalen Beiräten, moderieren externe Diskussionen oder beraten andere Institutionen. Wichtiger als die vielen Veranstaltungen zu gesellschaftspolitischen Fragen ist vielleicht der Ort selbst, der über 40 Jahre als Treffpunkt, Informations- und Diskussionsort eine Rolle in der Stadtgesellschaft spielt. Initiativen wurden hier gegründet und werden mit Know-how und Infrastruktur unterstützt. Nie war das *zakk* Ort für nur eine Szene, immer wurde Offenheit gewahrt. Das ermöglichte, dass CDU-Politiker/-innen auch mit radikalen Linken ins Gespräch kamen, Religionskritiker/-innen mit christlichen Initiativen, Verwaltungsbeamte mit Bürgerinitiativen. Streiten und Debattieren als Normalfall. Nur gegenüber rassistischen und sexistischen Positionen, gegen Neonazis und ihre Unterstützer/-innen wird ein klarer Trennungsstrich gezogen.

Politisch und künstlerisch

Künstler/-innen werden eingeladen, nicht obwohl, sondern weil sie politisch Position beziehen. Ein politischer Anspruch beschränkt sich nicht auf die „zuständige“ Abteilung, sondern ist Querschnittsaufgabe: Er ist auch bei der Musikplanung, beim Programmschwerpunkt „Wort & Bühne“ und den Nutzungen und Partys wichtig. Denn das *zakk* versteht sich als ein politisches Kulturzentrum. Manche Ideen entstehen in der Mittagspause beim Gespräch über die Tagespolitik: Warum haben Populist/-innen aktuell solchen Erfolg? Wie erreichen wir Menschen, die sich nicht für Politik interessieren und die nicht zu unseren „spannenden Diskussionsveranstaltungen“ kommen? Anstelle von Politiker/-innen müsste man Künstler/-innen auf die Bühne stellen, die kurz und pointiert die unterschiedlichen Positionen benennen und deutlich machen, was Politphrasen von Umstrukturierung, Deregulierung und Liberalisierung wirklich bedeuten. Ein paar Telefonate, Mails und Gespräche später war der kabarettistische „Wahl-O-Mat“ geboren, der die Menschen zum Wählen animieren soll. Mit Unterstützung des DGB und befreundeter Künstler/-innen werden wir das Projekt im Herbst zur Bundestagswahl umsetzen, nicht nur im *zakk*, sondern auch bei Gewerkschaftsveranstaltungen, im Jugendklub, auf öffentlichen Plätzen und in einem großen Betrieb.



JOCHEN MOLCK leitet das Kulturzentrum *zakk*, lehrt Kulturmanagement an der Hochschule Düsseldorf und ist als einer der Regionalsprecher in der Kulturpolitischen Gesellschaft engagiert.

Ist unsere Arbeit als Jugendkunstwerkstatt politisch?

Die kurze Antwort lautet klar und deutlich: „Ja, (natürlich) ist unsere Arbeit politisch.“ Und das immer wieder und immer wieder mit anderen Methoden, Menschen und Ebenen. Damit könnte dieser Artikel beendet sein, wenn da nicht die Erinnerung an den Deutschunterricht wäre, dass zu einem guten Argument nicht nur die These, sondern auch die Fakten gehören, die diese begründen.

Als Jugendkunstwerkstatt sind wir ein Ort, wo sich Menschen zwischen fünf und 30 Jahren in den Bereichen Kunst, Kultur und Politik ausprobieren, entfalten und darstellen können. Dies findet als klassische Kinder- und Jugendarbeit in unserem Kursprogramm statt, in dem die Teilnehmenden zum Beispiel Zeichen-, Mal- oder Zirkustechniken erlernen. Ins politische Arbeiten und Handeln führen unsere anderen zwei Standbeine: Als erstes unsere projektbezogene Arbeit, bei der Jugendliche zu Themen, die sie bewegen, zusammenarbeiten. Hier können sie ihre Meinungen äußern, diskutieren, in den Projektrahmen einbinden und veröffentlichen. In der Vergangenheit gehörte dazu beispielsweise „Gleich, aber anders – anders, aber gleich“, bei dem sich Kinder und Jugendliche mit dem Fremdsein auseinandergesetzt haben. Für Außenstehende am offensichtlichsten ist das politische Arbeiten bei unserem dritten Standbein, dem Kinder- und Jugendbüro. Hierüber ist nicht nur der Jugendrat als offizielle politische Interessensvertretung der Stadt angebunden, es werden auch weitere Partizipationsprojekte mit Kindern und Jugendlichen, zum Beispiel Spielplatzplanungen, Jugendforen und Planspiele, angeboten.

Damit politisches Arbeiten mit Kindern und Jugendlichen erfolgreich stattfindet, sind unserer Erfahrung nach vier Aspekte zwingend notwendig:

1. Der Umgang aller beteiligten Gruppen (Jugendliche, pädagogische und künstlerische Begleitung, Politik, Verwaltung, Öffentlichkeit) muss auf Augenhöhe stattfinden. Vor allem das Ernstnehmen der Jugendlichen durch Erwachsene erfordert eine andere Mentalität als sie mancherorts (noch) vorhanden ist.
2. Es muss ausreichendes Wissen zu dem Themengebiet vorhanden sein oder im Laufe des Projektes aufgebaut werden. Erst wenn Jugendliche alle für sie notwendigen

Informationen haben, ist eine intensive und kritische Auseinandersetzung möglich. Das bedeutet, dass wir als Erwachsene auch dafür zuständig sind, die notwendigen Informationen oder Informationskanäle für die Teilnehmenden zur Verfügung zu stellen.

3. Es muss altersangemessene Freiräume geben, in denen sich Kinder und Jugendliche engagieren wollen, weil sie ihren Interessenslagen entsprechen. In denen sie ihre Ideen, Kritik und Lösungsvorschläge einbringen, sich ausprobieren können und mit ihrer Arbeit eine Wirkung erzielen.
4. Die Arbeit darf nicht im „luftleeren“ Raum passieren oder nur an jugendspezifischen Orten öffentlich gemacht werden. Die Ergebnisse der Teilnehmenden müssen an Orte der Politik, Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit getragen werden, sodass sich die Gesellschaft – die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, die Politik und die Verwaltung – damit auseinandersetzen kann.

Hilfreich beziehungsweise für uns zwingend notwendig ist dabei eine angemessene pädagogische Begleitung, um den Prozess zu unterstützen und dafür Sorge zu tragen, dass die vier oben genannten Aspekte eingehalten werden. Und zu guter Letzt schafft man es nur durch ein kontinuierliches Lernen und Zuhören auf allen Seiten, nicht nur durch die eigene Arbeit politisch zu handeln, sondern auch Kinder und Jugendliche zu politischem Handeln zu befähigen.



ESTHER HELMERT ist Leiterin des Kinder- und Jugendbüros der Jugendkunstwerkstatt Koblenz e.V.

Zwischen Selbstbestimmung und Selbstoptimierung

Soziokulturelle Zentren und die Auseinandersetzung über ein gelingendes Leben

von REINHOLD KNOPP

Soziokultur scheint en vogue. Diesen Eindruck kann man zumindest mit Blick auf die kulturellen Aktivitäten in einer rheinischen Großstadt gewinnen. Das Schauspielhaus „geht raus in die Stadt“ und bietet eine Bürgerbühne. Die Einrichtungen der freien Szene sind ebenso mit „urbanen Raum-Laboren“ unterwegs wie zahlreiche Künstler/-innen. Angesagte Musikfestivals finden an ungewöhnlichen Orten statt wie auf einer Pferderennbahn oder in Industriebrachen. Und auch etablierte Kunst kommt als Streetart daher.

Städtisches Kulturerleben beinhaltet inzwischen mehr als Events wie Fischmärkte, Kirmes und nächtliches Museums-Hopping, und das ist auch gut so. Aber es besteht zugleich die Gefahr einer Feuilletonisierung des Urbanen, einer Trennung des Künstlerisch-Ästhetischen vom Politischen. Es ist zu einfach gedacht, dass zum Beispiel mit Aktionen an ungewöhnlichen Orten zugleich ein Statement für das Recht auf Stadt einhergeht. Wie aber kann es Soziokultur gelingen, „eine kulturelle Praxis“ mit einem „starken Gesellschaftsbezug“¹ zu verbinden, ohne dass dies additiv und plakativ daherkommt?

Ein Blick zurück führt zum Nach-vorne-Schauen: Soziokulturelle Bewegungen entstehen in der frühen Phase der Individualisierung, die überwiegend in den 70er Jahren verortet werden kann. Der Kampf für ein autonomes soziokulturelles Zentrum stand im Kontext der Auseinandersetzung darüber, was ein „gelingendes Leben“ ausmacht. Die zentrale Antwort auf diese Frage lautete „selbstbestimmt“ leben und führte in der Konsequenz zu Konflikten im Privaten (insbesondere mit den eigenen Eltern und Beziehungspartner/-innen) und im Gesellschaftlichen mit Institutionen wie Schulen und Verwaltungen als Repräsentanz von Herrschaft. Das „Wie will ich leben“ stand in einem deutlichen Bezug zu einem „Wie wollen wir leben“, denn jegliche Diskussion über die Entwicklung eigener Haltungen zu Liebe und Sexualität, Berufsperspektive, Wohnweise et cetera wurde gesellschaftsbezogen geführt: Das Private wurde politisch. So wurde auch die Forderung nach einem selbstverwalteten Kulturzentrum verknüpft mit der gesellschaftspolitischen Position, Kultur sollte für alle zugänglich sein.² Dass solche Positionierungen in einer marktförmigen Gesellschaft überhaupt möglich und durchsetzbar waren, kann in Bezug auf Ulrich Beck mit dem Modernisierungszwang eines Kapitalismus begründet werden, der eine flexiblere („enttraditionalisierte“) Lebensweise seiner Arbeitnehmerschaft für die eigene Konkurrenzfähigkeit benötigt.³ Diese Verbindung von privat und politisch, von Ich und Wir

löst sich im Zuge der Vereinnahmung der Individualisierung durch den flexibilisierenden Kapitalismus zunehmend auf. „Erlebe dein Leben“ sei nun „der kategorische Imperativ unserer Zeit“ schreibt Gerhard Schulze Anfang der 90er Jahre in seinem Buch „Die Erlebnisgesellschaft“⁴ und meint damit eine auf das individuelle Selbst ausgerichtete Erlebniskonsumierung. Das Suchen nach dem „gelingenden Leben“ gerät über viele Etappen immer mehr zu einem vom Gesellschaftlichen wieder losgelösten Privaten – auf die Spitze gebracht: „Selfies“ und Selbstoptimierung.

Das Suchen nach dem gelingenden Leben gerät wieder mehr zu einem vom Gesellschaftlichen losgelösten Privaten.

Zugleich produziert der moderne Kapitalismus Rahmenbedingungen für diesen „negativen Individualismus“⁵, die auf eine Verschärfung gesellschaftlicher und globaler Probleme hinauslaufen: soziale Ungleichheit, Zerstörung von Umwelt und Unterdrückung von Menschenrechten, um nur einige zu nennen.

Individuelle Verantwortungsübernahme (zum Beispiel im Bereich der Ökologie) und Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen in einem Diskurs wieder deutlicher zusammenzubringen, darin liegt eine Chance für die Soziokultur und ihre Akteure. Hierfür gegenwartsbezogene (!) Konzepte zu entwickeln, die als Basis neuen Formaten zugrunde gelegt werden, ist ein Weg, einer Trennung von Künstlerisch-Ästhetischem und Politischem entgegenzuwirken. Mit Blick auf die Praxis: In kleineren Städten und Regionen kommt den Zentren große Bedeutung für die kulturelle Infrastruktur zu.⁶ Aber auch in den großen Städten sind sie eine wichtige **Ressource**. Sie können Raum bieten für eine Auseinandersetzung über die Frage nach einem „gelingenden Leben“, das verbunden ist mit dem Streben nach einer sozial gerechteren gesellschaftlichen und globalen Entwicklung. Das Streben nach „gelingenden Weltbeziehungen“ – wie Hartmut Rosa dies in seinem aktuellen Buch „Resonanz“⁷ nennt – ist vorhanden. Dies zeigt Rosa auf fast 800 Seiten auf. Die Zentren haben für die Gestaltung solcher Angebote zur Auseinandersetzung Know-how, Raum und personale Ressourcen. Sie können geeignete Formate ermöglichen, sowohl durch von ihnen unterstützte Nutzungen als auch durch eigenes Initiieren.

Es ist in diesem Zusammenhang sinnvoll, neue Wege der Kommunikation mit Besucher/-innen und Nutzer/-innen und für deren Beteiligung zu finden.

Ihre früh erkämpfte Freiheit als selbstverwaltete Kulturorte gibt den Zentren auch die Möglichkeit, als politischer **Akteur** aufzutreten, insbesondere auf der Ebene der Stadt. Faktoren wie ihre Größe, Ausstattung, räumliche Lage sind dabei ebenso Rahmenbedingungen wie die jeweils konkreten gesellschaftlichen Themen vor Ort. Reflexion ist dabei gefordert: Die im Kölner Agnes-Viertel gelegene *Alte Feuerwache* agiert im Stadtteil für kulturelle und soziale Versorgung und zugleich gegen Gentrifizierung – gelingt dies? Das räumlich eher abgelegene *zakk* in Düsseldorf holt politische Diskussionen ins Haus und agiert zugleich mit dem Projekt „*zakk* findet Stadt“ in anderen Stadtteilen – mit welchen Wirkungen? In Hamburg wurde diskutiert, die Zentren als kulturelle Stadtteilintendanten zu entwickeln – wie hat sich dieser Ansatz bewährt? Das *Cuba* in Münster ist auch ein Haus der Initiativen – wie politisch agieren diese und welche Rolle kommt dem *Cuba* dabei zu? Es gibt viele Praxisbeispiele der zahlreichen soziokulturellen Zentren, und es ist sicherlich viel über Gelungenes und Gescheitertes zu berichten, aus dem neue Ansätze abgeleitet werden können. Das spricht für einen Austausch zum Thema: „Soziokultur ist politisch, ob sie es will oder nicht“⁸ – aber was heißt das konkret?

1 Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren: www.soziokultur.de/bsz/node/17

2 Siehe dazu den Beitrag „Soziokultur ist politisch“ in der Festschrift zu 25 Jahren Fonds Soziokultur „Kultur besser fördern“.

3 Beck, Ulrich: Die Risikogesellschaft. Frankfurt a. M. 1986, S. 121 ff.

4 Schulze, Gerhard: Die Erlebnisgesellschaft. Frankfurt/New York 1992, S. 59. Schulze führt die „Neue Kulturszene“ als einen Motor des Ich-Denkens an (S. 479 ff.).

5 Castel, Robert: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Konstanz 2000, S. 401 ff.

6 Flohé, Alexander/Knopp, Reinhold: Konstitutive Elemente für die Praxis soziokultureller Zentren – eine qualitative Studie. In: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hg.): Soziokulturelle Zentren in Nordrhein-Westfalen. Genese – Profile – Perspektiven. Essen 2003, S. 117 ff.

7 Rosa, Hartmut: Resonanz. Berlin 2016, S. 19 f.

8 Soziokultur ist politisch – ob sie will oder nicht. Ein Gespräch mit Prof. Dr. Dr. Peter Alheit. In: Flohé, Alexander/Knopp, Reinhold (Hg.): Drehpunkte. Kontexte und Perspektiven soziokultureller Praxis. Essen 1999, S. 47 ff.

Stein rollen

Ulrike Guérot hat uns vor einem Jahr in dieser Zeitschrift erklärt: Der EU geht es grottenschlecht. Sie steht auf der Kippe. Inzwischen ist viel passiert. „Adieu“, sagten die Briten. Und: „Great again“, sagt Trump. Ohne überlieferte letzte Worte ertranken Flüchtende im Mittelmeer. Worüber hinweg dafür Erdoğan laut zu hören war. Er gewann sein Referendum, besonders in Deutschland. Wilders und Le Pen ihre Wahlen aber nicht. Sogar ein paar ehemalige AfD-Fans mögen selbige nun nicht mehr in der großen Politik herumtrumpeln sehen. Die wiederum seufzt dem knapp vorbeigegangenen bitteren Kelch ein vielstimmiges Uff hinterher. Europa scheint fürs Erste gerettet. Weil Frankreich im Boot bleibt, weil Macron gekämpft hat. Und zwar mit einer Idee von Europa, die der von Ulrike Guérot ähnelt. Für die Euro-Länder möchte er einen eigenen Haushalt, dazu auch noch Zukunftsinvestitionen und Nothilfe für Krisenländer. Kaputtsparen hält er für kein Aufbauprogramm. Das sieht die deutsche Finanzpolitik ganz anders. Solange nur die Hälfte der griechischen Jugend arbeitslos ist, kann das Land ruhig weiter schrumpfen. Womöglich geht unser Finanzminister offen in Gespräche mit dem französischen Premier. Um mit seiner festen alten Meinung wieder rauszukommen.

Inzwischen wabert Sarrazin durch Hirne. Die einen errechnen mit ihm, dass man sich von fünf Euro täglich prima gesund ernährt, und finden soziale Gerechtigkeit langweilig. Nicht vergessen können die anderen, dass Deutschland sich selbst abschafft, weil gewisse leitkulturferne, arbeits- und bildungsunwillige Ausländer viel zu häufig gebären.

Hat irgendjemand versprochen, dass politische Bildung keine Sisyphusarbeit ist? Machen Sie also tapfer weiter damit

wünscht
Ihre Friede Nierbei



REINHOLD KNOPP war langjähriger Leiter des Düsseldorfer Kulturzentrums *zakk* und ist seit 2001 als Professor für Stadt- und Kultursociologie an der Hochschule Düsseldorf tätig.

Fortbildung



Qualifizierungsangebote im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ - Seminarreihe zum Beratungsbegriff in ZdT: Effect - Wirkung erzielen | Hauptbestandteil der Seminarreihe ist die Entwicklung eines einheitlichen Beratungsbegriffs im Bundesprogramm. Ziel ist die Erarbeitung eines Z:T-Beratungsverständnisses und der dazugehörigen Instrumente. Unterstützung wird außerdem bei der strukturellen Verankerung der jeweiligen Projekte im Verband gegeben. Die Workshops werden bundesweit durchgeführt. Inhaltlich bauen sie aufeinander auf. Die Seminarreihe wird in Kooperation mit dem Netzwerk für Courage durchgeführt. | www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/angebote/142079/qualifizierung



Fortbildungskonzept der bpb „Qualifiziert handeln“ | Viele Menschen in Deutschland engagieren sich beruflich und ehrenamtlich gegen Rechtsextremismus und abwertende Haltungen. Sie wollen etwas dafür tun, dass menschenfeindliche Ideologien keinen Platz in der Gesellschaft haben. Mitunter gleicht dieses Vorhaben aber einem Kampf gegen Windmühlen: mangelnde Qualifizierungsangebote, Unsicherheit und die fehlende Bereitschaft, bestimmte Vorurteile zu bearbeiten, lassen oft genau diejenigen allein, denen die Thematik besonders am Herzen liegt. Mit dem Fortbildungskonzept „Qualifiziert

handeln!“ schafft die bpb ein Bewusstsein dafür, dass die Akteure wertvolle Arbeit leisten und nimmt ihr unverzichtbares Engagement ernst. Das Angebot gibt den Teilnehmenden die Chance, sich zu vernetzen, die eigene Arbeit zu reflektieren und sich wissenschaftlich fundiert fortzubilden. | www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/175374/qualifiziert-handeln

„Multiplikator/-innenqualifizierung Rechtsextremismus: Prävention und Intervention“ | Immer mehr Menschen stehen vor der Herausforderung, im privaten und beruflichen Umfeld Position gegen Rechtsextremismus und menschenverachtende Einstellungen beziehen zu müssen. Das Fortbildungskonzept „Multiplikator/-innenqualifizierung Rechtsextremismus: Prävention und Intervention“ versetzt angehende Multiplikator/-innen in die Lage, qualifiziert gegen rechte und menschenverachtende Einstellungen zu handeln und für ein demokratisches Miteinander einzutreten. Ziel ist es, die Teilnehmenden in ihrer individuellen Handlungssicherheit zu stärken und Akteure aus unterschiedlichen Praxisfeldern miteinander zu vernetzen. | www.bpb.de/veranstaltungen/format/seminar-workshop/239642/multiplikatorinnenqualifizierung-rechtsextremismus-praevention-und-intervention

Netz

Initiativenblog der bpb | Konzepte gegen die extreme Rechte sowie gegen Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und andere gruppenbezogene Abwertungen werden auf dem Initiativenblog der bpb veröffentlicht. Initiativen stellen sich mit ihren Ideen und Berichten aus der praktischen Arbeit vor. | www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/165168/initiativenblog



Belltower News – Netz für digitale Zivilgesellschaft

Das bisherige Internetportal www.netz-gegen-nazis.de ist unter dem Namen „Belltower.News – Netz für digitale Zivilgesellschaft“ neu konzipiert worden: Ein Watchblog mit Watchdog, der mit der Bulldogge des „Simplicissimus“ genauso spielt wie mit Tier-Memes im Internet. Mit Humor, Gelassenheit und Augenmaß soll demokratisch gestritten, sollen Debatten geführt und Menschen weiterhin ermutigt werden, sich Gedanken zu machen, welche Werte und Rechte ihnen wichtig sind und wie sie dafür einstehen können. Belltower.News wird sich weiterhin mit Rechtsextremismus beschäftigen, aber auch mit Facetten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Strategien und Argumentationsmustern sowie digitaler Gewalt und Kommunikationskultur. Es geht um das gesamte demokratische Spektrum an Fragen und Antworten auf Rechtspopulismus und Rassismus. | www.belltower.news



Materialsammlung zum Thema Populismus

- ▷ Fortbildungen und Veranstaltungen
- ▷ Magazine, Bücher, Artikel
- ▷ Projekte und vergangene Veranstaltungen

(zusammengestellt von Btissam Bou-lakhrif, LAGS Niedersachsen e.V.) | www.soziokultur.de > [Service](#) > [Qualifizierung](#)

Kultur und Politik

Kunst und Kultur sind nicht die sympathische Nische der Gesellschaft, sondern das Eigentliche, das sie zusammenhält. NORBERT LAMMERT

10 Jahre Bericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“

Im Dezember 2007 hat die auf Initiative der rot-grünen Koalition 2003 eingesetzte und in der folgenden Legislaturperiode fortgesetzte Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ihren Schlussbericht (Bundestagsdrucksache 16/7000) vorgelegt. Darin sind knapp 400 Empfehlungen an Bund, Länder und Kommunen formuliert. Der Bericht ist eine umfassende Darstellung der kulturellen Infrastruktur in Deutschland.



von ELLEN AHBE

Im Kontext der öffentlichen und privaten Förderung und Finanzierung von Kunst und Kultur (Kapitel 3) hat sich die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ auch mit der Bedeutung der Soziokultur und der soziokulturellen Zentren beschäftigt und kommt zu dem Ergebnis, dass die Anerkennung soziokultureller Zentren und ihrer Arbeit zunimmt und die durch sie eröffneten Zugänge zu Kultur auch für andere Kulturinstitutionen wichtige Anregungen geben. Die Forderungen, die an die Kommunen und Länder als Hauptträger soziokultureller Arbeit, aber auch an den Bund im Rahmen seiner gesamtstaatlichen Verantwortung gerichtet sind, beziehen sich explizit auf diese spezielle Form von Kultureinrichtungen.

Zehn Jahre nach Erscheinen des Berichtes schlägt zu Buche, dass im Jahr 2009 mit Unterstützung aller Bundestagsfraktionen die Evaluation von soziokulturellen Arbeits- und Wirkungsweisen realisiert werden konnte und in die Publikation „Ist Soziokultur lehrbar?“ mündete. Die Förderung der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V. (BuSZ) wurde auf Beschluss des Bundestages im Jahr 2014 den aktuellen Anforderungen an einen bundesweit agierenden Dach- und Fachverband angepasst. Auch die Mittel des Fonds Soziokultur wurden in der Zwischenzeit merklich erhöht. Jetzt kommt es darauf an, dass weitere für die Soziokultur wichtige Handlungsempfehlungen nicht in Vergessenheit geraten:

„Die Enquete-Kommission empfiehlt den Ländern und Kommunen, soziokulturelle Zentren als eigenständigen Förderbereich in der Kulturpolitik zu identifizieren, zu institutionalisieren und weiterzuentwickeln. Sie empfiehlt darüber hinaus, die besonderen Erfahrungen soziokultureller Zentren zum Beispiel auf Interkulturalität, Teilhabechancen und Einfluss auf die Lebensqualität auszuwerten und daraus gegebenenfalls Handlungsempfehlungen für andere kulturelle Bereiche zu entwickeln.“

Im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl wurden die Fachpolitiker/-innen aller im Bundestag vertretenen Parteien um die Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

- 1. Werden Sie und Ihre Fraktion sich – und wenn ja, wie – in der kommenden Legislaturperiode für die Umsetzung der oben genannten Handlungsempfehlung der Enquete-Kommission zu den soziokulturellen Zentren einsetzen?**
- 2. Welche weiteren Handlungsempfehlungen – auch aus anderen Kapiteln des Abschlussberichtes – halten Sie für die Zukunft der soziokulturellen Zentren ebenfalls für bedeutungsvoll?**
- 3. In den nunmehr 35 Jahren soziokultureller Arbeit auf Bundes- und Landesebene sowie der wesentlich länger andauernden praktischen Arbeit und gelebter Soziokultur in den Zentren und Initiativen sind nicht nur eine Menge Dokumente kulturpolitischer und alltäglicher soziokultureller Praxis entstanden. Aus dieser Arbeit resultiert auch ein großes politisches, soziales, gesellschaftliches, prozessuales und künstlerisches Wissen, das sich unter anderem an Archivalien ablesen und erforschen ließe. Da auch im Bereich der Soziokultur ein umfassender Generationenwechsel ansteht, aus dem in den kommenden Jahren eine noch nicht abzuschätzende Lücke an spezialisiertem Wissen entstehen wird, hat die BuSZ auf Impulse der Landesvereinigungen hin beschlossen, die Einrichtung eines Archivs der Soziokultur zu projektieren und voranzutreiben. Werden Sie und Ihre Fraktion eine konkrete drastische Maßnahme ergreifen, um die Einrichtung eines solchen Archivs der Soziokultur zu ermöglichen?**



Marco Wanderwitz
MdB (CDU), kulturpolitischer
Sprecher der CDU/CSU-Fraktion

Zehn Jahre nach Abschluss der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ gilt es eine positive Bilanz im Bereich der Soziokultur zu ziehen.

Die Handlungsempfehlungen der Kommission sind unter unionsgeführter Bunderegierung umgesetzt worden: Evaluierung der Programmarbeit, Förderung der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren als Dachverband, Erhöhung der Mittel des Fonds Soziokultur. Durch die Herauslösung des Fonds Soziokultur aus der Kulturstiftung des Bundes haben wir seit 2016 zugleich mehr finanziellen und gestalterischen Spielraum ermöglicht. Soziokulturelle Zentren sind keine „Alternative zur Hochkultur“, sondern fester und wichtiger Bestandteil der kulturellen Infrastruktur. Über 500 Zentren gibt es inzwischen deutschlandweit. Sie sind in der Kulturlandschaft etabliert und in der Mitte der Gesellschaft angekommen, was jedoch ohne das Engagement der Ehrenamtlichen sowie die Unterstützung durch die Kommunen und die Länder nicht möglich wäre. Noch stärkere politische und finanzielle Unterstützung auf dieser Ebene ist zugleich wünschenswert. Auch ein noch stärkeres Zusammenspiel mit traditionellen Angeboten der kulturellen, sozialen Einrichtungen dient der weiteren Verwurzelung, über die Hälfte der Zentren arbeiten bereits generationenübergreifend. Der Kulturhaushalt des Bundes wurde in den letzten zehn Jahren um 600 Millionen Euro auf 1,63 Milliarden Euro erhöht – davon haben auch zahlreiche Projekte im soziokulturellen Bereich profitiert. Mit dem seit

2016 ausgelobten Sonderpreis „Kultur öffnet Welten“ werden kulturell-künstlerische Projekte gewürdigt, die neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Akteuren aus der Kultur und aus anderen zivilgesellschaftlichen Bereichen erproben. Viele dieser Projekte finden im soziokulturellen Raum statt und werden vom Fonds Soziokultur realisiert. Mit der Fortführung des bundesweiten Programms „Kultur macht stark“ und der Initiative der Bundesregierung „Kulturelle Integration“ ermöglichen wir zusätzlich wichtige Projektarbeit. Soziokulturelle Programme und Angebote regional zu organisieren und zu finanzieren fordert von den Akteuren nach wie vor großes Engagement und Eigeninitiative. Das 2015 erschienene „Handbuch Soziokultur“ liefert mit vielen Projektbeschreibungen dafür eine hilfreiche praktische Orientierung. Strukturen für bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum sind besonders bedroht. Oft dient hier ausschließlich ein kulturelles Angebot als öffentlicher Ort der Begegnung. Die wichtige Kulturarbeit der soziokulturellen Zentren kann hier zum Beispiel durch kostenlose Raumangebote und verstärkte Festanstellungen lebendig bleiben. Die politische und gesellschaftliche Anerkennung der soziokulturellen Arbeit ist in den vergangenen Jahren insgesamt enorm gewachsen. Besonders bei der Förderung der kulturellen Teilhabe von Menschen mit Migrations- und Flüchtlingshintergrund ist der reiche Erfahrungsschatz soziokultureller Zentren unerlässlich. Barrieren zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen kulturellen Hintergründen werden hier überwunden und abgebaut. Den engagierten Mitwirkenden im Bereich der soziokulturellen Arbeit, vor allem auch den vielen Ehrenamtlichen gilt es für ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenwachsen zu danken.



Burkhard Blienert
MdB (SPD), Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien

Im Dezember 2007 legte die auf Initiative der rot-grünen Koalition eingesetzte Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ihren Schlussbericht

vor. Sie formulierte Empfehlungen an Bund, Länder und Kommunen – auch in Hinblick auf Soziokultur und soziokulturelle Zentren. Die Enquete-Kommission verwies auf die steigende Bedeutung und gesellschaftliche Anerkennung soziokultureller Zentren.

Zehn Jahre später ist festzustellen, dass wichtige Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission umgesetzt werden konnten: Die Förderung der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren orientiert sich seit 2014 auf Beschluss des Deutschen Bundestages an den aktuellen Anforderungen an einen bundesweit agierenden Dach- und Fachverband. Die finanzielle Ausstattung des Fonds

Soziokultur wurde in den letzten Jahren signifikant erhöht. Im Jahr 2009 wurde zudem aus Mitteln des damaligen Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien eine Evaluation soziokultureller Arbeits- und Wirkungsweisen gefördert, aus der die Publikation „Ist Soziokultur lehrbar?“ hervorging.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich jedoch auch unser Land merklich verändert. Der demografische Wandel, Flucht und Migration stellen uns zunehmend vor differenzierte gesellschaftliche Herausforderungen. Mit diesen Veränderungen steigt auch die gesellschaftspolitische Relevanz der Soziokultur. Soziokulturelle Zentren richten gezielt qualifizierte Kultur-, Bildungs- und Unterhaltungsangebote an ältere Menschen, Jugendliche, Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchtete – gerade im ländlichen Raum.

Unter der Leitdevise „Kultur von allen für alle“ leisten soziokulturelle Zentren seit nunmehr über 40 Jahren einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Teilhabe aller Menschen in Deutschland. Ihr selbsterklärtes Ziel ist es, die kulturelle

Vielfalt der Gesellschaft mit Hilfe verschiedener kultureller Angebote, künstlerischer Darbietungen und Veranstaltungsformaten erlebbar zu machen. Soziokulturelle Zentren ermöglichen es den Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft, sozialen Lage oder ihrem Alter – am kulturellen Angebot teilzunehmen und es zu gestalten. Darüber hinaus fördern sie den kulturellen Austausch, der ein großes Potenzial bietet, um mit den Menschen, die in unser Land kommen, ins Gespräch zu kommen. Uns für ihre und sie für unsere Kultur zu öffnen. Kultureller Austausch kann dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und ein besseres Verständnis füreinander zu entwickeln. Auf diese Weise fördert kultureller Austausch die Integration auf beiden Seiten: bei den Menschen, die in unser Land kommen, und bei der aufnehmenden Gesellschaft. Kultureller Austausch bedarf Begegnungen auf Augenhöhe. Diese bedürfen wiederum gemeinsamer Räume. Soziokulturelle Zentren schaffen diese gemeinsamen Räume und fungieren als Orte der Begegnung. Damit verfügen sie über ein hohes integratives Potenzial.

Die Zuständigkeit für soziokulturelle Zentren liegt primär bei den Kommunen und Ländern. Der Bund kann und muss aber dazu beitragen, die Rahmenbedingungen soziokultureller Arbeit zu verbessern und die Länder und Kommunen, deren finanzielle Mittel oftmals begrenzt sind, zu entlasten. Deshalb unterstützt die SPD-Bundestagsfraktion weiterhin eine Förderung der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren als Dach- und Fachverband auf Bundesebene aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Damit folgen wir auch der Empfehlung der Enquete-Kommission.

Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion wird diese Forderung auch in dem von mir initiierten Koalitionsantrag „Kultur baut Brücken - Der Beitrag von Kulturpolitik zur Integration“ (Bundestagsdrucksache 18/10634) aufrecht erhalten, der im Dezember 2016 vom Deutschen Bundes-

tag verabschiedet wurde. In dem Antrag fordern wir die Bundesregierung an prominenter Stelle im Forderungskatalog auf, die Rahmenbedingungen soziokultureller Arbeit zu verbessern und die Förderung der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren auf hohem Niveau zu verstetigen. Zudem beauftragen wir die Bundesregierung, zu prüfen, inwiefern bestehende Förderinstrumente des Bundes, die einen Beitrag zur Integration leisten, wie der Fonds Soziokultur, aber auch entsprechende Programmlinien der Kulturstiftung des Bundes, gestärkt werden können. Insbesondere die Förderfonds sind jedes Jahr um ein Vielfaches überzeichnet. Viele der beantragten Projekte beziehen sich auf Themen wie Migration, Integration, kulturelle Vielfalt. Auch mit dieser Forderung folgen wir einer Empfehlung der Enquete-Kommission.

Darüber hinaus empfehlen wir in dem Koalitionsantrag bei der Förderung der kulturellen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund sowie der interkulturellen Kompetenz auf den langjährigen Erfahrungsschatz soziokultureller Zentren zurückzugreifen. Vor diesem Hintergrund begrüßt die SPD-Bundestagsfraktion die Errichtung des von der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren geplanten Archivs der Soziokultur. Das aus jahrzehntelanger kulturpolitischer und alltäglicher soziokultureller Arbeit entstandene Wissen muss dokumentiert, zugänglich gemacht und bewahrt werden. Als zuständiger Berichterstatter werde mich dafür einsetzen, dass dieses Projekt aus den Haushaltsmitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert wird.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist überzeugt, dass Soziokultur ein gesellschaftliches Bindemittel sein kann. Investitionen in die Soziokultur sind also Investitionen in die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und damit auch in die Zukunft.



Sigrid Hupach
MdB (DIE LINKE), kultur-
politische Sprecherin der
Fraktion DIE LINKE

Zu 1.: Die Empfehlungen der Enquete-Kommission stellen einen geeigneten Handlungsleitfaden für die Kulturpolitik auf allen politischen Ebenen dar,

wurden aber unserer Ansicht nach viel zu wenig dafür genutzt. Wir fordern nach wie vor die angemessene Finanzierung der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren. Dabei ist für uns ein Dachverband kein „Projekt“, sondern muss institutionell gefördert werden – auch dies war eine Handlungsempfehlung der Enquete-Kommission. Wir haben lange für die Herauslösung auch des Fonds Soziokultur aus der Kulturstiftung des

Bundes gestritten, um ihn bedarfsgerecht finanzieren zu können. Der zweite Teil dieser Empfehlung ist jedoch bis heute noch nicht eingelöst. Insbesondere bei inter- und transkulturellen Projekten halten wir es für grundsätzlich falsch, von temporären Vorhaben auszugehen, die ein einziges Mal mit Sondermitteln finanziert werden könnten. Die dafür entwickelten Programme brauchen eine langfristige Perspektive. Die oben genannte, vorrangig an Länder und Kommunen gerichtete Handlungsempfehlung unterstützen wir vom Grundsatz her und sind überzeugt, dass ein Bundeskulturministerium deren Umsetzung befördern könnte. Dort ließe sich ein länderübergreifender Erfahrungstransfer bei demokratie- und diversitätsfördernden Ansätzen gut organisieren und eine Kulturentwicklungskonzeption erarbeiten, die eine gute Grundlage auch für die Arbeit der soziokulturellen Zentren darstellen würde.

Zu 2: Nach wie vor streitet DIE LINKE für die Aufnahme eines Staatsziels Kultur ins Grundgesetz, mit der wir eine Stärkung der Kultur in ihrer ganzen Vielfalt und eine Absage an den neoliberalen Zeitgeist verbinden. Zudem engagieren wir uns für eine Aufhebung des sogenannten Kooperationsverbots für alle Bildungsbereiche und einen Ausbau des kooperativen Kulturföderalismus. Gerade für die kulturelle Bildung ist eine bessere Abstimmung und Verzahnung von Bundes- und Landesprogrammen notwendig. Wir halten die Stärkung der kulturellen Infrastruktur für nachhaltiger als ständig neue Projekte auszurufen, deren Weiterführung unklar bleibt. Länder und Kommunen müssen so ausgestattet werden, dass sie ihren Aufgaben gerade auch im Bereich der Kultur nachkommen und eine Vielfalt der kulturellen Angebote sichern können. Die soziokulturellen Zentren sind dabei ein wichtiger Ankerpunkt. Zentral ist für uns zudem, dass endlich etwas gegen die prekäre Lage von Künstlerinnen und Künstlern getan wird. DIE LINKE streitet für gute, existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherung im Kulturbereich, die die geänderten

Arbeitsbedingungen und -verhältnisse ausreichend berücksichtigt. Wir wollen die Vergabe öffentlicher Fördermittel an die Einhaltung sozialer Mindeststandards (unter anderem branchenspezifische Mindesthonorare und Geschlechtergerechtigkeit) koppeln, die Künstlersozialkasse erhalten und sie an „hybride“ Erwerbsformen anpassen sowie endlich die ALG-I-Regelung für überwiegend kurzfristig Beschäftigte reformieren.

Zu 3: Die Dokumentation und archivarische Aufarbeitung der soziokulturellen Arbeit ist ein Anliegen, das wir gern unterstützen. Wünschenswert ist, wenn dabei nicht allein die Bundesvereinigung, sondern auch die Vorläufer soziokultureller Zentren und alle Regionen Deutschlands relevanter Sammlungsgegenstand werden. Ein solches Archiv aufzubauen und konstant zu pflegen, ist nicht ehrenamtlich zu leisten und muss als Daueraufgabe auch von Seiten der öffentlichen Hand anerkannt werden. Für uns LINKE würde die Unterhaltung eines solchen Archivs der Soziokultur feste Aufgabe einer auch institutionell geförderten Bundesvereinigung sein.



Ulle Schauws
MdB (Bündnis 90/Die Grünen),
Sprecherin für Kulturpolitik
der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen

Zu 1: Soziokulturelle Zentren leisten einen ganz entscheidenden Beitrag zur kulturellen Vielfalt in Deutschland.

Sie ermöglichen es, einen Bezug zum eigenen lokalen Umfeld als Heimat herzustellen. Soziokulturelle Zentren wirken zugleich in viele Bereiche hinein von Kinder- und Jugendarbeit bis Umweltpolitik. Sie tragen Kultur in die Gesellschaft und fordern uns mit innovativen Ansätzen heraus. In der soziokulturellen Arbeit verbinden sich kulturelle und politische Bildungsarbeit genauso wie Sozial- und Integrationsarbeit. Sie sind deshalb für den Zusammenhalt der Gesellschaft von ganz zentraler Bedeutung und tragen mehr zur Integration bei als all die Beschwörungen einer „Leitkultur“. In diesem Zusammenhang ist es aktuell wichtig, dass auch die Arbeit der soziokulturellen Zentren mit Geflüchteten ausreichend Unterstützung bekommt. Die Projektträger der soziokulturellen Zentren arbeiten lokal stark vernetzt, achten auf niederschwellige Zugänge und führen die Projekte gemeinsam mit den Flüchtlingen durch. Unsere grüne Bundestagsfraktion hat in den Haushaltsberatungen der letzten Jahre regelmäßig Anträge zur Erhöhung der Mittel für die Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren gestellt. Wir werden uns weiter für die Umsetzung der oben genannten Handlungsempfehlung einsetzen.

Zu 2: Die Empfehlung 5 halten wir für bedeutungsvoll: die Beibehaltung der Förderung der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren als Dach- und Fachverband. Vor allem finden wir es in der aktuellen Situation sinnvoll, wie in Kapitel 3.1.2. des Abschlussberichts empfohlen, „die besonderen Erfahrungen soziokultureller Zentren zum Beispiel im Hinblick auf Interkulturalität, Teilhabechancen und Einfluss auf die Lebensqualität auszuwerten und daraus gegebenenfalls Handlungsempfehlungen für andere kulturelle Bereiche zu entwickeln.“ Denn das ist für uns Grüne eine entscheidende Frage: Was können traditionelle Einrichtungen und die „großen Tanker“ der Kultur aus der soziokulturellen Praxis „an der Basis“ lernen und für ihre Arbeit fruchtbar machen?

Zu 3: Ob es dazu einer „drastischen Maßnahme“ bedarf, bleibt abzuwarten. Aber gerade unter dem Gesichtspunkt, dass Kulturinstitutionen sich von der Soziokultur viel abschauen können, wäre ein solches Archiv sicherlich wünschenswert. Schließlich arbeiten soziokulturelle Zentren in vielen unterschiedlichen Bereichen, so dass hier im Laufe der Jahre ein immenser Wissensschatz entstanden ist, den es zu erhalten gilt. Der Transfer dieses Wissens an kommende Generationen wäre wünschenswert, denn es gibt im Bereich Soziokultur wichtiges Fachwissen zu bewahren und weiterzugeben – Wissen, das sich nicht einfach „ergoogeln“ lässt. Deshalb werden wir das Projekt mit größtem Wohlwollen prüfen und schauen, ob – und wenn ja, wie – es sich mit Unterstützung anderer Fraktionen umsetzen lässt. Wie und mit welchen finanziellen Mitteln dies geschehen soll, wird Gegenstand der politischen Debatte sein.

„Alle fanden unsere Idee gut, meinten aber, es sei ein Traum“

**Dr. Ümit Koşan über den Bundesverband Netzwerke
von Migrantorganisationen e.V. (NeMO)**

von KRISTIN WENZEL



Dr. ÜMIT KOŞAN ist Bundesvorstand des Bundesverbands Netzwerke von Migrantorganisationen e.V. (NeMO) und Geschäftsführer des Verbundes sozial-kultureller Migrantorganisationen Dortmund e.V. (VMDO).

KW: Worin sehen Sie den Auftrag des Bundesverbands?

ÜK: Unser Auftrag ist es, interkulturelle Verbünde als tragende Kraft für die kommunale Arbeit nachhaltig zu installieren. So können wir langfristig eine funktionierende Struktur für die Bundesverbandsarbeit etablieren. Dass wir den Bundesverband der lokalen Netzwerke von Migrantorganisationen ins Leben gerufen haben, hat zweierlei Gründe. Nach innen wollen wir die Arbeit der lokalen Verbünde unterstützen. Dazu gehört der Erfahrungsaustausch, die Entwicklung von Handlungshilfen oder die kontinuierliche Information über migrationspolitische Entwicklungen. Gleichzeitig werben wir für den migrationspolitischen Ansatz lokaler Verbünde und begleiten und beraten Verbünde im Aufbau. Nach außen gerichtet sind wir eine „Stimme“ für die Anerkennung und Förderung lokaler Verbünde soziokultureller Migrantorganisationen auf Landes- und Bundesebene. Wir sind überall dort, wo es auf Bundesebene um die Interessen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte geht. Ihre Erfahrung aus der lokalen Verbundarbeit bildet den Ausgangspunkt für unsere Forderungen.

KW: Wie gestaltet sich dieser Prozess?

ÜK: Weil wir einen neuen Weg gehen, der bis jetzt nicht erprobt ist, ist es mitunter mühsam. Unser ursprünglicher Entstehungsgedanke ist ein rein struktureller. Uns geht es darum, die Beteiligung im Hinblick auf eine umfassende Teilhabe vor Ort zu fördern. Nur so lässt sich das Mitspracherecht in der Kommune realisieren.

KW: Die kulturpolitische Verankerung ist ein Handlungsfeld des Bundesverbands. Was sind Ihre Forderungen?

ÜK: Es geht um eine Beteiligungsform, innerhalb derer Migrantorganisationen festlegen, was aus ihrer Sicht wichtig ist und wie sie sich einbringen können. Wir wollen in Zusammenarbeit mit Kulturinstitutionen sichtbar werden. Wir wollen eine kulturbezogene Austauschplattform, an der die lokalen Verbünde teilnehmen, um kooperativ die Interessen eines gemeinsamen kulturpolitischen Ansatzes zu entwickeln. Wichtig hierfür ist ein offenes Kulturverständnis, das in einem gesamtheitlichen kulturpolitischen Konzept verankert ist.

KW: Was ist Kultur für Sie?

ÜK: Kultur ist für mich etwas Dynamisches, das nichts mit Schubladen zu tun hat, sondern unterschiedliche Lebensstile von Menschen in einer Gesellschaft erlebbar macht. Man redet nicht über eine Kultur, sondern von unterschiedlichen Kulturwelten. Diese vielfältigen Kulturwelten müssen sicht- und erlebbar werden. Kultur bringt unterschiedliche Strukturen und Menschen zusammen, um aus all dem Neues zu schaffen. Kulturinstitutionen sollten daher Orte sein, die Perspektiven über das gemeinsame Zusammenleben entwickeln, Vielfalt aufgreifen, fördern und sichtbar machen. Das ist eine wichtige Aufgabe – aber nicht allein ihre, sondern auch unsere. Die Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte ist essenziell und eine interkulturelle Öffnung zwingend notwendig. Zentral sind dabei Ansätze, die zeigen, dass lokale Kulturkonzepte einen per se integrativen Ansatz haben. Derzeit diskutieren wir mit unseren lokalen Mitgliedsverbänden, inwieweit Kultur als Integrationselement übergreifend akzeptiert ist.

KW: Fallen Ihnen gelungene Beispiele ein?

ÜK: Wir haben einige lokale Verbünde, die besonders aktiv sind, weil sie gute Strukturen und innovative Ansätze entwickelt haben: das *Forum der Kulturen in Stuttgart e.V.*, das *Haus der Kulturen Braunschweig e.V.* oder der *Raum der Kulturen Neuss e.V.* Zuletzt haben das *Forum der Kulturen* und das *Haus der Kulturen Braunschweig* zusammen mit dem *Bundesweiten Ratschlag Kulturelle Vielfalt* und weiteren Kooperationspartner/-innen den 6. Bundesfachkongress Interkultur in Braunschweig veranstaltet. Die Zusammenarbeit mit den etablierten Kul-



Ein wichtiger Schwerpunkt des Bundesverbands ist die Flüchtlingsarbeit. Zu den quartalsweise stattfindenden „samo.fa“-Bundesnetzwerk-treffen kommen lokale Partner/-innen aus 30 Städten, um sich über die Arbeit mit Geflüchteten auszutauschen. © Bernadette Burow

tureinrichtungen ist ein wichtiger Bestandteil. Schließlich bekommen sie für ihre erfolgreiche Kulturarbeit kommunale Förderungen. Weitere Beispiele sind die Wanderausstellung „Onkel Hasan und die Generation der Enkel“ vom VMDO e.V. in Dortmund, die Ausstellung „Sichtwechsel“ von MiSO-Netzwerk Hannover e.V. oder auch das Sommerfest der Kulturen vom Forum der Kulturen.

KW: Welche Rolle spielen Migrantenorganisationen im Bereich politische Bildung?

ÜK: Zu politischer Bildung gehören für mich die aktive Teilnahme an den politischen Geschehnissen vor Ort, um die eigenen Rechte, Möglichkeiten und Einschränkungen zu hinterfragen und kommunales Wahlrecht zu thematisieren, sowie das Recht auf Bildung. Wie können wir diese Themen vor Ort politisch verankern? Wir können auf zwei Weisen agieren: übergreifend mobilisieren, aber auch ein Handlungsprogramm entwickeln, wo die Vertreter/-innen verschiedener Communitys sich politisch einbringen. Wir haben festgestellt, dass die lokalen Mitgliedsverbände, die bildungspolitisch aktiv sind, das Zusammenleben vor Ort besser gestalten. Politische Bildung folgt daher auch aus der lokalen Verankerung.

Dennoch diskutieren wir als Bundesverband immer wieder auch unsere Aufgabe zur Teilhabe: Wie können wir den Beteiligungsprozess definieren und gleichzeitig diesen selbstdefinierten Prozess übergreifend mit einem gemeinsamen Ansatz vor Ort klären? Das betrifft die schulische Bildung, Erwachsenenbildung, Arbeitslosigkeit und den Rassismus im Alltag. Ganz besonders die Migrantenorganisationen in den neuen Bundesländern beschäftigen sich mit diesem Thema aus dem realen Lebensalltag heraus. Genauso aber auch eine quartiers-

bezogene Mitgestaltung, die ich als entscheidend im Hinblick auf politische Bildung, aber auch Kulturarbeit verstehe.

KW: Wie schaffen es Migrantenorganisationen innerhalb der Stadtgesellschaft nachhaltige Strukturen zu etablieren?

ÜK: Für uns muss sich ein Verbund mit der Stadtgesellschaft, deren Vielfalt aber auch den unterschiedlichen Lebensformen identifizieren. Lokale Verbände setzen da an, wo der Alltag beginnt. Dazu müssen sie ein Teil der Gesellschaft sein und Lösungen, Ideen und Angebote entwickeln, die das Zusammenleben fördern. Aber, und das ist wichtig, die Programme sollen nicht ausschließlich migrantisch organisiert sein, sondern gemeinsam mit der Stadtgesellschaft. Eine Stadtgesellschaft ist sichtbar, wenn kulturelle Vielfalt gelebt wird. Wie das *Haus der Vielfalt* in Dortmund, das zu den Kulturbetrieben der Stadt Dortmund gehören sollte. Wenn wir hier angekommen wären, bräuchten wir keine gesonderten Räume mehr. Vielmehr würde alles viel enger mit allem zusammenhängen. Ich wünsche mir, dass der Bundesverband nicht nur eine Interessenvertretung von lokalen Migrantenorganisationen ist, sondern es schafft, vor Ort eng mit Organisationen deutscher Herkunft zu verschmelzen. Dann reden wir nicht mehr explizit von einem Bundesverband von Migrantenorganisationen, sondern von vor Ort tätigen soziokulturellen Organisationen.

www.bv-nemo.de



Dr. KRISTIN WENZEL ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Bundesverband NeMO e.V. und Betreuerin des Projekts „Stärkung der Aktiven aus Migrantenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit (samo.fa)“.

Politischer Rückenwind für kulturelle Bildung – nötiger als je zuvor

Zwei Publikationen des Rats für Kulturelle Bildung belegen die ambivalente Lage der kulturellen Bildung

von VANESSA-ISABELLE REINWAND-WEISS



Politische Fürsprecher/-innen kultureller Bildung gibt es erfreulicherweise einige – zumindest legen das zentrale ältere und jüngere Äußerungen wie die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur kulturellen Kinder- und Jugendbildung oder die Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages von 2007 nahe. Nun ließe sich angesichts des zehnjährigen Bestehens der Aachener Erklärung annehmen, dass die Ausgangslage für kulturelle Bildung mittlerweile nicht die schlechteste ist. Dass Bildung mehr geworden ist als nur Schule. Dass Anschlüsse statt Ausschlüsse geschaffen worden sind. Dass sowohl Kinder und Jugendliche (außer- wie innerschulisch) als auch Erwachsene Kultur als zentralen Bestandteil ihres Lebens erfahren. Dass also die Bedeutung des „mündigen“ Bürgers erkannt worden ist und im Zuge dessen gleichwertige Lebensverhältnisse und gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet werden. Dass – in einem Satz sei es gesagt – politische und kulturelle Bildung Hand in Hand gehen.

Richtet man jedoch den Blick auf die gegenwärtige Finanzierung und Förderlogik der Theater, Bibliotheken und soziokulturellen Zentren sowie die Situation der ästhetischen Fächer und die Arbeitsbedingungen an den Ganztagschulen, scheint die Sache mit der Realisierung politischer Ziele nicht einfach zu sein. Die Lage ist vielmehr ambivalent. Einige Befunde der aktuellen Publikationen des Rates für Kulturelle Bildung verdeutlichen das.

Förderung städtischer Entwicklung durch politischen Willen zu kultureller Bildung

In der Studie „Städte/Geld/Kulturelle Bildung. Horizont 2016“ zeigt sich, dass Städte, in denen kulturelle Bildung einen höheren politischen Stellenwert genießt, ihr Budget besser bewerten und eine größere Vielfalt relevanter Finanzpartner wie das Land, öffentliche Stiftungen oder private Unternehmen haben als jene Städte, denen kulturelle Bildung weniger wichtig ist. Politischer Rückenwind im Bereich der kulturellen Bildung führt zudem zu einem stärkeren Engagement vor allem in der Jugend- und Stadtteilsozialarbeit. Politischer Wille scheint zwar insgesamt kein umfassendes Allheilmittel für eine hinreichend qualitätsvolle kulturelle Bildung zu sein, jedoch stehen Städte ohne dieses Bekenntnis wesentlich schlechter da.

Kultureinrichtungen durch strukturelle Defizite existenziell bedroht

Die Publikation „Mehr als weniger als gleich viel. Zum Verhältnis von Ökonomie und Kultureller Bildung“ weist hingegen darauf hin, wie aus guten Ideen – beispielsweise der des Ausbaus der Ganztagschule oder der Entwicklung kommunaler Bildungslandschaften – in der Realität strukturelle Defizite entstehen können. Bei der Unterfinanzierung des Ganztagschule, einschließlich der unangemessenen Entlohnung der Honorarkräfte, bei einem latent drohenden

Rückzug der öffentlichen Hand aus der institutionellen Förderung sowie einer zunehmenden Projektförderung geht es nicht nur um Einzelfälle, wie die Publikation zeigen kann. Die zunehmende Akquise und „Fördermittelbewirtschaftung“ beispielsweise erzeugt bei den Tanzhäusern, Kulturzentren oder selbst bei einer Bundesakademie einen derartigen Aufwand, dass nicht selten der Regelbetrieb darunter leidet. Zudem müssen Förderrisiken eingegangen werden, die vom jeweiligen Förderempfänger – realistisch betrachtet – nicht zu tragen sind. Die Mitarbeiter/-innen müssen sich zeitlich und finanziell ausbeuten, weil ansonsten die hohen Projektanforderungen und zeitlichen Rahmenbedingungen nicht zu halten sind. Zusätzliche Verwaltungs- und Organisationskosten werden oft nicht übernommen. Und schließlich leidet die Einarbeitung und Mitarbeit der ehrenamtlich Engagierten, die jedoch ein unerlässliches Fundament für einen Großteil der Einrichtungen darstellen. Hier nehmen strukturelle Defizite dramatische, die Einrichtungen selbst bedrohende Formen an.

Skandalöse Zustände in politisch verantworteter Bildungslandschaft

Letztlich tritt die Notwendigkeit gesellschaftlicher Verantwortung auch dann deutlich hervor, wenn der Stellenwert von Kultur und damit auch die (kultur-) politische Bildung bei Politiker/-innen bemerkenswerte Einbrüche erleidet. Bedenkenswert ist beispielsweise, dass mit dem Bildungs- und Teilhabepaket das Kernanliegen des Verfassungsgerichtes, Kinder und Jugendliche, die aus Familien stammen, welche Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe, Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen, nicht von der Gesellschaft auszuschließen, derartig verfehlt wird. So nehmen seit Jahren nicht einmal zehn Prozent der berechtigten Kinder und Jugendlichen ihnen zustehende Leistungen für soziokulturelle Teilhabe in Anspruch. Und insgesamt liegen jährlich Beträge im dreistelligen Millionenbereich bundesweit brach. Man kann durchaus einen skandalösen Zustand darin sehen, was aus einem Rechtsanspruch in einer politisch verantworteten Bildungslandschaft geworden ist. Insbesondere in dem Wissen, dass verpasste Gelegenheiten beim Einzelnen schwer aufzuholen und gesamtgesellschaftlich nicht nur ökonomisch betrachtet teuer sind. Selbst das Bundesministerium für Arbeit und Soziales stellt in seinem 2016 erschienenen Schlussbericht

den Maßnahmen ein schlechtes Zeugnis aus, da das Bildungs- und Teilhabepaket bei einer Reihe von Leistungen keine Initialzündung erzeugen konnte.

So erschütternd diese Befunde sind, so fragwürdig erscheint es, wenn derzeit offenbar in Kauf genommen wird, dass die politischen Spielräume für die kulturelle Bildung nicht ausgeschöpft werden.



Prof. Dr. **VANESSA-ISABELLE REINWAND-WEISS** ist Direktorin der Bundesakademie für Kulturelle Bildung Wolfenbüttel, Professorin für Kulturelle Bildung an der Universität Hildesheim und Mitglied des Expertenrates Kultureller Bildung.

- ⇒ Der „**Rat für Kulturelle Bildung**“ ist ein unabhängiges Beratungsgremium, das sich umfassend mit der Lage kultureller Bildung in Deutschland befasst. Ihm gehören an: Prof. Dr. Eckart Liebau, Prof. Dr. Holger Noltze, Prof. Dr. Johannes Bilstein, Prof. Danica Dakic, Dr. Florian Höllerer, Prof. Dr. Antje Klinge, Shermin Langhoff, Prof. Dr. Vanessa-Isabelle Reinwand-Weiss, Prof. i. R. Dr. Christian Rittelmeyer, Prof. Diemut Schilling sowie Prof. Dr. Jürgen Schupp.
- ⇒ Die Denkschrift „Mehr als weniger als gleich viel. Zum Verhältnis von Ökonomie und Kultureller Bildung“ und die Studie „Städte/Geld/Kulturelle Bildung. Horizont 2016“ des Rates für Kulturelle Bildung sind zu finden unter: www.rat-kulturelle-bildung.de/publikationen/.

41%

der soziokulturellen Zentren haben politisches Engagement als besonderen Arbeitsschwerpunkt.

367

Verhandlungstage dauerte der NSU-Prozess bereits.

41.500

politisch motivierte Straftaten wurden 2016 erfasst.

Netzwerk Soziokultur

**In dem Moment, wo die Kinder Lust haben,
etwas zusammen zu machen, verschwindet
der Rassismus.** JUTTA SCHRAMM

Mehr als in eigener Sache

Release-Party zur SOZIOkultur

von ELLEN AHBE

2017 beginnend führt die Redaktion kurz nach dem Erscheinen einer jeden Ausgabe dieser Zeitschrift eine „Release-Party“ durch. So bietet sich den Redakteur/-innen, Autor/-innen und Leser/-innen Gelegenheit, persönlich miteinander ins Gespräch zu kommen. Die erste fand am 15. Mai in der Berliner *Kulturbrauerei* statt. Gewürdigt wurde diesmal auch das neue Erscheinungsbild der Zeitschrift, die inzwischen mehr als hundertmal erschien und von Anfang an zum wichtigsten Vernetzungsinstrument des Verbandes gehört.

Vom Info-Dienst zur Zeitschrift

Seit zu Beginn der 1990er Jahre der damalige Vorstand und die Geschäftsführung der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren zum ersten Mal Berichte aus den Landesverbänden als *Informationsdienst* zusammenstellten und die gehefteten Schwarz-Weiß-Kopien handfrankiert an die Mitgliedseinrichtungen versandten, hat sich viel getan. Die Komplexität der soziokulturellen Aufgaben, auch das Informations- und das Mitteilungsbedürfnis der Zentren haben zugenommen. Das zeigt sich nicht zuletzt am gewachsenen Umfang der Zeitschrift, mittlerweile reichen 44 Seiten kaum aus. Auch der Anspruch an die Gestaltung ist enorm gewachsen, weshalb die Zeitschrift im Zuge eines umfassenden Relaunch-Prozesses erneut eine Wandlung erfuhr. Mit sehr positiver Resonanz. Die Mühen um eine konzentrierte Gliederung, um Übersichtlichkeit, um gute Lesbarkeit, um ein insgesamt frisches und modernes Erscheinungsbild mit hoher Aussagekraft haben sich gelohnt. Dafür verdienen das Redaktionsteam und vor allem Ute Fürstenberg, Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit, großen Dank, auch die Agentur *anschlaege.de*, die uns auf dem Weg begleitet hat.

Redaktionsarbeit am Nerv der Zeit

Im Redaktionsteam der Zeitschrift sind Kolleg/-innen aus Zentren und Landesverbänden in allen Teilen Deutschlands, die sich hier neben ihren eigentlichen Aufgaben engagieren. Einmal jährlich treffen sie sich zu einer zweieinhalbtägigen Redaktionskonferenz und befassen sich mit dem Redaktionsplan für das jeweils kommende Jahr. Infrage kommende Themen werden gesammelt und diskutiert, bis festgelegt wird, welche vier es werden und wer sich dafür verantwortlich zeigt. Auch werden schon die inhaltlichen Eckpunkte zusammengetragen, die zum jeweiligen Thema unbedingt beachtet werden sollen.

Wie es aussieht, bewegt sich das Team immer wieder dicht am Nerv der Zeit. Obwohl es im Vergleich zu Tageszeitun-

gen, Rundfunk, Fernsehen oder digitalen Medien sehr langfristig voraus plant, trifft es mit den jeweiligen Themen der Ausgaben oft ins Schwarze dessen, was die Öffentlichkeit der Republik Monate später gerade am heftigsten bewegt. Dies ist nur einer der vielen guten Gründe, weshalb nun an jede Ausgabe auch ein Fachgespräch gekoppelt wird mit einem lockeren Come-Together für alle Interessierten, und zwar an wechselnden Orten. Zu Beginn kommt eine/-r der Protagonist/-innen des eben veröffentlichten Heftes zu Wort. Das kann eine/-r der Autor/-innen, Künstler/-innen oder eine Persönlichkeit sein, über die geschrieben wurde.



© Swen Gottschall

Eröffnungspunkt in der Kulturbrauerei

Den Eröffnungspunkt der ersten Release-Party in der *Kulturbrauerei* in Berlin zur SOZIOkultur-Ausgabe 1-2017 zum Thema Live-Musik setzte Heinz Ratz. Zu Gast war auch die Bookerin Myriam Kandulski vom *SO36* aus Berlin-Kreuzberg. Kristine Schütt hatte Ratz im Heft als Initiator und Seele des *BOK – Büros für Offensivkultur* vorgestellt. Zu den biografisch-geografischen Stationen des Sohnes einer peruanischen Mutter und eines deutschen Vaters zählen Spanien, Peru, Saudi-Arabien, Jordanien, die Schweiz, eine Anzahl deutscher Städte und ein Jahr lang Nachtquartier auf deutschen Straßen. Er weiß, wie es aussieht, wenn es keine Demokratie, aber viel Armut gibt. Bevor er darüber sang, befragte ihn Ronja Wiechern unter anderem zu seinem Projekt, bis September 100 kostenlose Konzerte zu geben, damit die Leute um Himmels willen den Bundestag wählen gehen. Es war ein kleines Lehrstück über Courage und noch einmal Courage, über Bündnisse, Finanzierung und den Bedarf an bezahlter Mitarbeit, der unweigerlich aus ehrenamtlichem Engagement entsteht. Das Publikum bekam nicht nur einen Bezug auf das Thema „Live-Musik“, sondern gleichzeitig einen deutlichen Vorschmack auf „per se politisch.“

Die zweite Release-Party findet im Juli in der Hamburger *MOTTE* statt. Gesprächspartner ist der Kulturwissenschaftler Prof. Dr. Reinhold Knopp. Lassen Sie sich überraschen, wer noch zu Gast sein wird. Kommen Sie und reden Sie mit uns! Informationen dazu auf www.soziokultur.de/Veranstaltungen.

PS: Falls Sie gern schreiben und in unserem Redaktionsteam mitarbeiten möchten: Melden Sie sich! Frischer Geist und Lust an der Sache sind uns immer willkommen.

ELLEN AHBE ist Geschäftsführerin der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V.

Gern noch ein bisschen selbstbewusster

Eine Diskussion über die aktuelle Lage in der Soziokultur und notwendige Folgerungen

Im Mai erschien „Ganz genau! Soziokulturelle Zentren in Zahlen 2017“, die jüngste statistische Erhebung über die Situation der Mitgliedseinrichtungen. Sie wurde während der diesjährigen Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V. (BuSZ) präsentiert. In einfacher und Bildsprache haben dies mit dem Kurzfilm „Vielfalt aus Prinzip“ erstmals Kinder übernommen (siehe linke Seite). Ausführlicher setzte sich am 16. Mai auf dem Pfefferberg eine Podiumsrunde mit den Befunden auseinander. Daran nahmen teil: Yvonne Magwas, MdB, kulturpolitische Sprecherin der Fraktion CDU/CSU, Burkhard Blienert, MdB, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Sigrid Hupach, kulturpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, Ellen Ahbe, Geschäftsführerin der BuSZ und Siegfried Dittler, Geschäftsführer des Waschhaus Potsdam. Es moderierte Adrienne Braun.

von EDDA RYDZY



Pro Soziokultur

Das Erfreulichste und Wichtigste gleich zuerst: Für welche Fraktion sie an diesem Nachmittag auch sprachen – die anwesenden kulturpolitischen Sprecher/-innen ließen keinen Zweifel daran, dass sie die Soziokultur ernst nehmen, ihre Leistungen wertschätzen und sie noch stärker unterstützen wollen. Dass die Hoheit für Kultur bei den Kommunen liegt, nahmen sie nicht zum Anlass, eigene Verantwortung dorthin abzuwälzen. Wenige Tage zuvor war bei einer kulturpolitischen Diskussion im zakk in Düsseldorf Frau Ingola Stefanie Schmitz (MdL NRW, FDP) dabei zu beobachten gewesen, wie sie völlig unvorbereitet und gelangweilt durch die Debatte tappte (siehe Seite 40). Auf dem Pfefferberg hingegen wusste jede und jeder Bescheid.

Bindungen

„Waren Sie in Ihrer Kindheit und Jugend schon einmal in soziokulturellen Zentren? Was bedeuten sie Ihnen persönlich?“, fragte Adrienne Braun. Yvonne Magwas spielte als Schülerin in verschiedenen freien Theatergruppen. Während der letzten Jahre kommt sie häufiger mit Einrichtungen der Soziokultur in Kontakt, weil sie sich um die Integration von Flüchtlingen kümmert. Burkhard Blienert ziehen die „Spontaneität und Kreativität“ der Akteure an. Er war schon als Jugendlicher und junger Berufstätiger in soziokulturellen Zentren in Ostwestfalen-Lippe und in Dortmund unterwegs. Sigrid Hupach nicht. Sie kommt aus dem Eichsfeld. Das ist die konservativste Region Thüringens – mit weniger stark entwickelter Soziokultur. Doch wo sich nahe der Oder Fuchs und Hase im äußersten Osten der Republik Gute Nacht sagen, gibt es das freie *Theater am Rand*, eine Art de facto soziokulturelle Institution im dünn besiedelten ländlichen Raum. Sigrid Hupach hat es finanziell unterstützt und sie bringt Soziokultur regelmäßig auf die Tagesordnung ihrer Fraktion.





Begründungen

Die Unterschiede zwischen den Podiumsgästen waren deutlich geringer als ihre Gemeinsamkeiten. Das gilt auch generell. „Kulturpolitiker sprechen häufig mit einer starken Stimme“, konstatierte Burkhard Blienert. Er sprach von „wahnsinnswichtigen Leistungen“ der Soziokultur: niedrigschwellige und nachbarschaftliche Arbeit, interkultureller Ansatz, großer Beitrag zur Verhandlung von Fragen der Zukunft, Bildungsarbeit. Sigrid Hupach verwies darauf, dass die Integrationsarbeit der soziokulturellen Zentren schon viel länger stattfindet, als das Thema die öffentliche Debatte beschäftigt - wie just an diesem 16. Mai. Da stellte die Initiative kulturelle Integration in Berlin „15 Thesen für gesellschaftlichen Zusammenhalt“ vor. Die fünfzehnte These lautet: „Kulturelle Vielfalt ist eine Stärke.“ Sigrid Hupach und Burkhard Blienert sprachen sich beide dezidiert dafür aus, die soziokulturellen Zentren in der nächsten Legislatur stärker zu unterstützen, und zwar sowohl durch Projekt- als auch durch institutionelle Förderung.

Ansehen ja, Dienstwagen nein

Zu den Stärken der soziokulturellen Zentren gehört zweifellos, dass sie auf jeder Ebene und im besten Sinne des Wortes Teamplayer sind. Sie kooperieren mit

ihren Ehrenamtlern, Vorständen und Mitwirkenden, mit den vielfältigen gesellschaftlichen und politischen Kräften in ihren Orten und Regionen – auf Augenhöhe. Wie sie ihre Dynamik und Innovation aus Kreativität beziehen, beziehen sie ihre Stabilität aus den starken Netzwerken, die sie geschaffen, oder in die sie sich eingeknüpft haben. Mit ihrer Bundesvereinigung ist es ihnen gelungen, ein ebenso kooperationsfähiges Netzwerk unter sich selbst zu schaffen. Sie sind in der Lage, in effektiv koordinierten Gemeinschaftsprojekten wie „START!“ oder „Jugend ins „Zentrum!“ erfolgreich Synergien zu erschließen. Das spricht sich als Qualität herum.

„Merken Sie das eigentlich konkret? Dass Sie jetzt stärker umworben werden?“ wollte Adrienne Braun auf dem Pfefferberg von Ellen Ahbe wissen. Sie bemerkt es durchaus. Im politischen Raum werden die Potenziale der soziokulturellen Zentren zunehmend gesehen. Bei Gesprächen und Diskussionen erhalten die Positionen des Verbandes Stellenwert. Ellen Ahbe nimmt das als „in erster Linie große Anerkennung“ der bislang gezeigten Ergebnisse.

„Haben die inzwischen höheren Förderungen nun Dienstwagen oder vermögenswirksame Leistungen für die Mitarbeiter zur Folge?“, fragte die Moderatorin weiter. Dafür revanchierte sich Siegfried Dittler mit einem finnischen Joke:





Fotos: Yvonne Magwas, Burkhard Blienert, Sigrid Hupach, Ellen Ahbe, Siegfried Dittler (v.l.n.r.) | Trommelpresentation mit *drum klub* (unten)

© Swen Gottschall

Es ist einer ein Optimist, wenn er nur noch fünf Dollar hat und diese letzten fünf Dollar in einen Geldbeutel investiert. „Wir zahlen nicht nach Tarif. Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, das gibt’s alles nicht.“

Unter Bezug darauf, dass nur siebzehn Prozent der festen Mitarbeiter/-innen unbefristet angestellt sind, wurde Ellen Ahbe gefragt: „Träumen Sie von einhundert Prozent?“ „Nein!“, stellte sie klar, „ich träume davon, dass die Zentren in allen Ländern durch institutionelle Förderung gut grundgesichert sind. Und dann entscheiden sie selbst, wie sie das Geld genau einsetzen. Projekte – so sollten sie auch verstanden werden – eröffnen ja Experimentierfelder. Wer experimentiert, tut das auf Zeit, also manchmal auch mit befristeten Verträgen. Das, wie gesagt, entscheiden die Zentren. Es geht aber nicht, dass sich verdienstvolle und für die Städte unendlich wichtige Institutionen wie zum Beispiel das AlarmTheater Bielefeld inzwischen seit 25 Jahren ausschließlich über Projekte finanzieren.“ Eben diese institutionelle finanzielle Grundversorgung sah Sigrid Hupach als den einzigen Weg, um aus ehrenamtlicher Arbeit nicht Ausbeutung werden zu lassen. Die Soziokultur mit ihren Leistungen „muss vielleicht noch ein bisschen selbstbewusster und fordernder auftreten“, gab sie auf den Weg.

Mehr als Geschichte schreiben

Soziokultur verdient das Prädikat „Ungestüm“. Sie ist aber nicht in jeder Beziehung so jung wie sie ist. Ihre ältesten Zentren bestehen seit fünfzig Jahren und länger. Auf der unmittelbaren Arbeitsebene bedeutet das: für Einrichtungen und Gremien müssen Nachfolger gefunden, aufgebaut und eingesetzt werden. Für alle gemeinsam fragte Adrienne Braun. „Wie geht man mit Erinnerung um?“ Ellen Ahbe und Siegfried Dittler sahen es als ein Kernprojekt „jetzt die Erfahrungen der Gründergeneration einzusammeln.“ Und zwar nicht, um sie bloß auf Papier zu schreiben. Ein Archiv der Soziokultur stellt sich Ellen Ahbe wie „ein lebendiges mobiles Schaufenster“ vor. Fotos, Videomaterial und Tondokumente über den Weg von besetzten Gebäuden zu legalen und anerkannten Einrichtungen sollen zugänglich gemacht werden. Auch, um darüber zu reden, wie es heutzutage eigentlich aussieht mit Freiräumen für die Jugend.

Wieder eine ganz gegenwärtig zu lösende Zukunftsaufgabe. Wieder eine, die Geld und andere Ressourcen kostet.

EDDA RYDZY ist freie Autorin mit Lehr- und Vortragstätigkeit.



Good vibrations

Fellowship Celebration der zweiten Runde des START-Programms am 25. und 26. Mai 2017 in Thessaloniki

von CHRISTINE HOFFMANN

Solidarisch kreuz und quer miteinander verbunden

Am Abend des 25. Mai kamen wir im *Warehouse C* zur festlichen Abschlussveranstaltung der zweiten Runde des START-Programms zusammen. Es liegt auf dem Pier 1 am östlichen Ende des Hafens von Thessaloniki, zwischen Passagierhafen und einem der Wahrzeichen der Stadt, „Lefkos Pygros“, dem Weißen Turm. Das Piergelände mit seinen historischen Lagerhallen wurde von der Stadt restauriert und neuen, vor allem kulturellen Nutzungen zugeführt. Wie schon 2014 der Flughafen der Stadt wurde im April diesen Jahres auch der Hafen privatisiert und an ein internationales Konsortium verkauft. Dafür, dass das Areal, von der Hafenbehörde als „Port of culture and communication“ konzipiert, diesem Geist treu bleibt, gab die START-Veranstaltung einen gelungenen Auftakt.

Hier, wo der Lärm und das quirlige Leben der Stadt mit dem heftigen Autoverkehr verebbt und sich der Himmel über dem Thermaikos-Golf mit Weitblick und frischer Brise öffnet, fanden sich die 15 griechischen Fellows mit ihren Teams und die deutschen Kolleg/-innen aus den 15 soziokulturellen Zentren ein, bei denen die Fellows hospitiert hatten. Neben den Vertreter/-innen der Programmpartner – der Robert Bosch Stiftung, des Goethe-Instituts Thessaloniki und der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren – waren als griechische Partner die *John S. Lastis Foundation* mit Eva Lianou und Dimitris Afendoulis und die *Bodossaki Foundation* mit Vlassis Adraktas präsent. Aber auch viele



Fellows aus dem Vorjahr fanden sich ein. Die eine oder der andere hatte sich in die Projekte der Gewinner-Kolleg/-innen eingebracht und ihre/seine kulturelle *job opportunity* wahrgenommen.

Überhaupt wurde in dieser zweiten Runde deutlich, dass aus den diversen Fellowships ein Netzwerk im Entstehen ist, eine solidarische kreuz und quer miteinander verbundene Gruppe Kreativer, die in ihren Projekten selbständig und eigenverantwortlich agieren und dennoch an einem Strang ziehen – und dass, obwohl der finanzielle Support für soziokulturelle Arbeit in Griechenland ungleich schlechter ist als in Deutschland, Not nicht in Neid, sondern in Solidarität und Erfindungs- und Einfallsreichtum umschlägt. Das dürfte ganz im Sinne des Stifters Robert Bosch sein, an dessen Vermächtnis Atje Drexler von der Robert Bosch Stiftung in ihrem Geleitwort erinnert. Der in diesem Jahr aus dem Amt scheidende Direktor des Goethe-Instituts Thessaloniki, Peter Panes, fasste es bündig zusammen: „Wenn gut ausgebildete junge Leute wegen fehlender Perspektiven ihr Land verlassen, muss gegengesteuert werden.“

Viele der START-Fellows haben einen Teil ihres Studiums im europäischen Ausland absolviert. Gegen die Gefahr, mit ihren Kompetenzen und ihrem Elan bei der Rückkehr in ihre Heimat beruflich zu stranden, ist mit START ein Impuls gesetzt worden. Davon zeugt auch das Engagement der beiden griechischen Stiftungen, die sich nun bei der Skalierungsförderung beteiligen, die drei der 15 Fellows zukommen wird.

Mit Engagement und Lust

Was sich uns allen, die dabei waren, aber am wirkungsvollsten übermittelte, waren die „good vibrations“ bei diesem Eröffnungsfest, die Ellen Ahbe bei ihrem Grußwort mit dem Ausruf „Es ist viel Energie im Raum!“ beschrieb. Danach bündelte sich diese Energie in der von START-Alumna Eleonora Siarava entwickelten Gruppenperformance, die zur Eröffnung der Projektausstellung im ersten Stock des *Warehouses* überleitete. Für die künstlerische Gesamtleitung des Abends zeigte sich die Kulturmanagerin Olga Tabouris-Babalis verantwortlich. Die Fellows und Teams der 15 ausgewählten Projekte stellten sich und ihre Arbeitsergebnisse im „Bazar der Ideen“ nach Kunstmesse-art vor. Dann wurde bis in Nacht mit den Besucher/-innen geredet,



diskutiert, gezeichnet und sogar gespielt, während draußen ein Starkregen die Stadt frisch wusch und die mazedonischen Böden vorm Einbruch der trockneren Sommermonate nochmal mit einem guten Quantum Nass segnete. Die Auswahl für die *Scaling Awards* setzte die Zusammenkunft am nächsten Morgen fort. 15 Fellows pitchten mit Rede, Bild und Video, teilten ihre Erfahrungen und die sich daraus generierten Projektfortsetzungen mit uns. Die Kolleg/-innen aus den deutschen Einrichtungen fanden diesen Teil der Veranstaltung sehr interessant und lehrreich. Wie präsentiert man ein Projekt in nur fünf Minuten potenziellen, in diesem Fall privaten Förderern? Wie stellen sich Schwachstellen und Stärken dar, wie veranschaulicht man die Wirksamkeit seines Projekts oder die nachhaltige Überzeugung, weitermachen zu wollen und zu müssen?

Wie präsentiert man ein Projekt in nur fünf Minuten potenziellen Förderern?

Die Vertreter/-innen der Förderer in der ersten Reihe, die Teilnehmer/-innen der Jury dieser *Awards*, fragten detailliert und kritisch nach. In den Antworten der Fellows wurde deutlich, wie intensiv und vollgepackt die letzten Monate waren, sodass die nötige Zeit für die Überarbeitung manchen Businessplans erst jetzt sein wird. Doch auffällig war wiederum die positive Unterströmung zwischen den 15 Fellows, die um Mittel für die Fortsetzung ihrer Projekte rangen. Sie strömten zueinander. Wechselseitiger Applaus für die einzelnen Pitches, quasi gleich stark, wie es sich für „good sports“ gehört, auf alle Bewerber/-innen verteilt. Und über ihnen, aufgeregt zusammenhockend, das Flair einer Herde junger Wildpferde, die wieder an den START wollen – zu selbstbestimmtem Galopp, bei dem Engagement und Lust an dem, was sie tun, Ängstlichkeit und Zweifel überwiegen. Alle konnten sich auf Augenhöhe begegnen – mit einem Selbstbewusstsein, das im Vorfeld der Projektumsetzung aus harter Arbeit und intensiver Leistung erwachsen war. Das gilt auch für das exzellente griechisch-deutsche START-Team des Goethe-Instituts und der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren.

Der thessalonikische Marathon setzte sich für die Fellows nach dem Pitching am Nachmittag mit der Betreuung des Ideenbazars für die Öffentlichkeit bis spät in den Abend fort. Auf Augenhöhe mit diesem Zeitplan hätten ihnen spätestens danach die Augen zufallen müssen. Wie wir hörten, haben sie im thessalonikischen Nachtleben dann doch noch gefeiert und weiterdiskutiert. Die Gewinner/-innen des *Scaling Awards* werden am 23. September auf der Eröffnungsveranstaltung des dritten START-Programmjahres in Berlin verkündet.



CHRISTINE HOFFMANN ist Künstlerin und Kuratorin im Verein *landkunstleben e.V.*

⇒ „**START - Create Cultural Change**“ ist ein Fortbildungs- und Stipendienprogramm für aufstrebende Kulturmanager/-innen in Griechenland. Das Programm unterstützt junge Kreative dabei, Kulturinitiativen zu starten, die den sozialen Zusammenhalt in ihrem lokalen Umfeld stärken. Ziel von START ist es, durch die Förderung von Austausch und Entwicklung im Bereich der Soziokultur neue Perspektiven für Berufseinsteiger/-innen in Griechenland zu schaffen und den sozialen Zusammenhalt in Europa zu stärken. www.soziokultur.de/bsz/projekt/start

Fotos: Site-specific Performance, choreografiert von Eleonora Siarava | Das Lagerhaus am Alten Hafen von Thessaloniki (S. 26) | 15 Fellows starten in ihre Zukunft als Kulturmanager/-innen | Fanis Kollias pitcht sein Projekt „Solomon“ | Information und Austausch auf dem Ideenbazar (S. 27) | © Stef Tsakiris



Politische Bildung im Zentrum



Nicht umsonst finden sich in dieser Ausgabe auch außerhalb der betreffenden Rubrik zahlreiche „Jugend ins Zentrum!“-Projekte. Viele Bündnisse setzen vor Ort wunderbare Beispiele politischer Bildungsarbeit mit kulturellen Mitteln um. Das zeigt zum Beispiel das Interview mit Jutta Schramm, Projektleiterin des Performanceprojekts „ZusammenLeben“ der Berliner Kulturfabrik, das sich mit dem Abbau von Rassismen und Vorurteilen befasst (rechte Seite). Drei weitere Projekte werden hier in Kurzform vorgestellt.

von KRISTINA RAHE



© Johanna Ahlert

Beim Projekt „Europa – Was geht?!“ des Kulturhauses Walle Brodelpott e.V., der Quartier gGmbH und der Oberschule am Waller-Ring heißt politische Bildung ...,

... dass die teilnehmenden Jugendlichen eine eigene Haltung zur Fragestellung „In welchem Europa wollen wir leben?“ entwickeln und dafür einen künstlerischen Ausdruck finden. Dazu arbeiten die Jugendlichen in interdisziplinären künstlerischen Werkstätten und bringen eine gemeinsame Performance auf die Bühne.

Kontakt: Janine Classen, j.classen@kulturhauswalle.de



© Maïke Dohle

Für das Projekt „W.I.R. Wir im Revier“ der Schalcker Fan-Initiative e.V., des Gelsenkirchener Eduard-Spranger-Berufskollegs und des DGB-Hauses der Jugend heißt politische Bildung ...,

... dass sich die teilnehmenden Jugendlichen – überwiegend mit Fluchthintergrund – im Kontext des Fußballs unterstützt vom FC Schalke 04 filmisch damit auseinandersetzen, welche integrative Kraft sich aus dem Artikel 1 des Grundgesetzes ableiten lässt. Dazu entwickeln die Jugendlichen gemeinsam unter Anleitung einen eigenen Film – vom Drehbuch bis zum Schauspiel, von der Kamera über den Ton bis zur Musik.

Kontakt: Ulrike Korbach, ulrikekorbach@web.de



© Radio Lotte

Für die Jugendlichen im Projekt „short message cultures“ von Radio LOTTE e.V., dem stellwerk weimar e.V. und dem Mini_Verlag der Buchkinder_Weimar e.V. bedeutet politische Bildung ...,

... dass sie spielerisch eigene Gesellschaftsformen ausprobieren und sich eigene Regeln und Gesetze für das Zusammenleben geben. Dazu entwickeln sie theatral und medial die Staatenutopie „Stellwerkistan“ und erleben in dieser unmittelbar die Folgen ihrer Entscheidungen.

Kontakt: management@radiolotte.de

„Mit Kunst und Kultur schafft man Zusammenhalt“

Interview mit Jutta Schramm, Leiterin des Projekts „Zusammen-Leben“ der Kulturfabrik Moabit

von KRISTINA RAHE

KR: Kannst du euer Projekt mit ein paar Sätzen vorstellen?

JS: Die Idee zu dem Projekt entstand, als in einer Tragflughalle in der benachbarten Kruppstraße ein Flüchtlingsheim eingerichtet wurde und die Kinder auf dem Spielplatz mit den fremden Kindern in Kontakt kamen. Wir haben bemerkt, dass sowohl seitens der Erwachsenen als auch der Kinder große Vorurteile und Ressentiments bestanden. Wir haben damals mit Landesmitteln begonnen, auf ganz niedrigschwelliger Ebene Kontakte zum Flüchtlingsheim und zu den Familien auf dem Spielplatz aufzunehmen und die Kinder mit ganz kleinen Aktivitäten zusammenzuführen. Durch das Bundesprojekt können wir jetzt auf einem höheren Niveau weitermachen: mit Kunst und Kultur nicht nur die Kinder erreichen, sondern auch versuchen, die Eltern zusammenzuführen. Im Projekt arbeiten wir auf eine Abschlussperformance im Sommer hin. Zweimal in der Woche kommen die Flüchtlingskinder nach der Schule mit „unseren“ Kindern zusammen. Wir haben einen Mal- und einen Theaterkurs und Ferienangebote.

KR: Wir würdest du den „Kiez“ und die Kinder, mit denen ihr arbeitet, beschreiben?

JS: Moabit-Ost gehört zu den sozial am stärksten benachteiligten Gebieten Berlins, vergleichbar mit Marzahn, bloß dass es hier religiöser zugeht und der Familienzusammenhalt stärker ist. Ansonsten gibt es hier ebenfalls Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Suchtverhalten ... Anfangs waren vor allem syrische Kinder in der Flüchtlingsunterkunft. Die Syrer sind mittlerweile alle in Wohnungen außerhalb Moabits untergebracht und damit dem Projekt abhandengekommen. Jemand, der existenziell damit beschäftigt ist, wo er hinkommt, ob er in die Schule darf, ob er eine Wohnung erhält, der meldet sich auch nicht beim Projekt ab. Zurzeit leben in der Unterkunft Russen, Kurden und Afghanen – also Menschen aus Ländern, bei denen nicht geklärt ist, ob die Familien hier bleiben dürfen oder ob sie abgeschoben werden. Das macht die Arbeit besonders kompliziert. Die Kinder aus dem Stammpublikum kommen vor allem aus der Türkei, einige arabische sind dabei, in der Regel sind sie hier geboren.



KR: Die türkischen und arabischen Familien sind ja selber häufig von Ausgrenzung betroffen – trotzdem gibt es bei ihnen diese Vorurteile. Hast du dafür eine Erklärung?

JS: Ich denke, dass es die soziale Angst ist. Die Vorurteile sind geboren aus der Angst der Eltern, dass sie verdrängt werden oder keine Arbeit mehr bekommen.

KR: Welche Rolle spielt das Thema Rassismus im Projekt und wie begegnet ihr dem?

JS: Die Kinder haben sehr große Vorurteile, die durch die Eltern befördert werden. Die Angst der Eltern, ihren sozialen Status zu verlieren, das ist schon Rassismus. Deshalb war mir wichtig, dass wir auch Kontakte zu den Müttern haben, von den Stammkindern und den Flüchtlingskindern – und dass beide Gruppen mal zusammen einen Kaffee trinken und miteinander reden, trotz aller Sprachschwierigkeiten. Durch diese Menschlichkeit werden Vorurteile abgebaut. Wir gehen mit den Kindern auch in die Flüchtlingsunterkunft, damit sie sich auch auf andere Art und Weise kennenlernen und sehen, unter welchen Bedingungen die Menschen dort leben. Es ist wichtig, dass sie sehen, es stimmt gar nicht, dass „denen alles hinterhergeschmissen wird“. Leb mal ein Jahr in so einer Tragflughalle!

KR: Würdest du das Projekt selber als „politische Bildung“ definieren?

JS: Ich denke, wenn es um Fragen wie „Wo kommen die Kinder her, wie war der Fluchtweg?“ geht und wir über Kriege sprechen, das ist politische Bildung. Das andere ist Kultur und Kunst.

KR: Findest du, dass politische Bildung erst einsetzt, wenn Inhalte vermittelt werden?

JS: Nein, in dem Moment, wo die Kinder Lust haben, etwas zusammen zu machen, verschwindet der Rassismus. Dann ist es vielleicht kulturelle Bildung mit politischem Anspruch. Über die Sprache von Kunst und Kultur schafft man Zusammenhalt, alle arbeiten an einem Ding.

2017: Welche Kultur wählen wir?

Zu dieser Frage fand am 25. April 2017 im *zakk* in Düsseldorf auf Einladung der Landesgruppe NRW der Kulturpolitischen Gesellschaft und des Kulturrats NRW eine Podiumsdiskussion zu zentralen Fragen der Kulturpolitik statt. Der WDR-Hörfunk zeichnete sie auf und sendete sie am 1. Mai. Teilnehmer/-innen waren die kulturpolitischen Sprecher/-innen der NRW-Landtagsfraktionen: für die SPD Andreas Bialas, für Bündnis 90/Die Grünen Oliver Keymis, für die CDU Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg und für die FDP Ingola Stefanie Schmitz. Peter Grabowski, kulturpolitischer Reporter des WDR, moderierte die Veranstaltung. Hier eine Nachlese aus soziokultureller Perspektive.

von **EDDA RYDZY**



v.l.n.r.: Ingola Stefanie Schmitz (FDP), Dr. Hagen W. Lippe-Weißfeld, (Vorstand der KuPoGe), Gerhart Baum (Präsident des Kulturrats NRW), Andreas Bialas (SPD), Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (CDU), Oliver Keymis (Bündnis 90/Die Grünen), Peter Grabowski (Moderation)
© Ellen Ahbe

Zentrale Fragen

Es ging um Landespolitik. Entsprechend landesspezifisch stellten sich auch die zu behandelnden Fragen dar. Der Moderator hatte sie bereits vorab in den Raum gestellt. Wie wirkungsvoll ist das neue Kulturfördergesetz? Was bedeutet der Kulturförderplan für die individuelle Künstlerförderung? Welche Chancen beinhaltet die Digitalisierung für die Kultur und ihre Institutionen? Wie sollte die Kultur in der nächsten Legislaturperiode am Kabinetttisch eingebunden werden? Mit welchem Budget werden die Parteien die Kultur zukünftig ausstatten? Wie lassen sich die Grenzen von Kunst- und Kulturpolitik erweitern?

Landesspezifisch NRW bedeutet in manchen Fragen durchaus atypisch Bundesrepublik. Über ein Kulturfördergesetz und einen Kulturförderplan zum Beispiel würden sich die Kulturakteure der anderen Bundesländer sicher freuen. Doch die zentralste aller zentralen Fragen, nämlich die nach dem Stellenwert von Kultur und Kulturpolitik überhaupt, kann insgesamt in NRW nicht anders als anderswo beantwortet werden. Das machte Gerhart Baum, der Vor-

sitzende des Kulturrats NRW, gleich in seiner Begrüßung klar. „Die Kulturpolitik ist ein Stiefkind des Wahlkampfes“, sagte er. Das trifft auf die gesamte Republik zu. Wie immer fand der Kampf um Bundestagsmehrheiten schon lange vor seiner offiziellen Eröffnung statt. Kultur tauchte dabei sehr spät auf. Dies – in einer Situation, in der die Republik dringend eine Breitenkultur von Demokratie und Verfassungspatriotismus braucht – ausgerechnet in Gestalt der konservativen Leitkulturidee. Der Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung beinhaltete weder für das Land NRW noch für frühere Bundestagswahlen eine einzige Frage zur Kulturpolitik.

Zahlen und Fakten

„Es geht nicht nur um Geld“, fuhr Gerhart Baum mit seiner Begrüßung fort, „sondern auch um Respekt und Anerkennung.“ Ob etwas oder jemand wirklich wertgeschätzt wird, erfährt man aber wesentlich aus den finanziellen Gegenleistungen. Urkunden und gute Worte statten keine Bühne aus und sie halten niemanden am Leben. Deshalb geht es jedenfalls hauptsächlich um Geld.

Der Moderator war mit gründlich erledigten Hausaufgaben erschienen. Er konfrontierte die Podiumsrunde und das Publikum in mehreren Portionen damit. Auf einen Schlag sind manche Fakten nicht direkt leicht verdaulich: Von allen staatlichen Mitteln, die in den nordrhein-westfälischen Kulturbereich fließen, trägt das Land ein Fünftel. Sein Kulturetat ist so hoch wie noch nie. Er beträgt 201 Millionen Euro. Damit investierte Rot-Grün 0,27 (in Worten: Null Komma ...) Prozent des Landeshaushalts in Kultur. Oliver Keymis kündigte für die Grünen an, die Landeskulturausgaben verdoppeln zu wollen, wofür sie allerdings mehr als fünf Prozent brauchen würden. Der Sozialdemokrat Andreas Bialas sagte, dass seine Partei 50 Millionen zusätzliche Euro in den Kulturetat stecken wolle, er sich aber gern von einem Koalitionspartner zu höheren Summen über den Tisch ziehen lasse. Die Gremien der CDU wie der FDP hatten sich am 25. April noch nicht darüber geeinigt, welche Zahlen ihre kulturpolitischen Sprecher nennen durften.

Die finanzielle Gesamtausstattung der nordrhein-westfälischen Kulturlandschaft bietet punktuell vielleicht Anlass zu gemäßigter Freude. Unter den Kultureinrichtungen haben es – wie in der gesamten Republik – die soziokulturellen Zentren besonders schwer. Peter Grabowski provozierte mit dem Beispiel des *zakk* einerseits und des Schauspielhauses andererseits. Jeweils 150.000 Gäste jährlich besuchen sowohl das *zakk* als auch das Schauspielhaus. Das Schauspielhaus erhält dafür einen Etat von 9 Millionen Euro. Dem *zakk* hingegen fließt ein Zehntel davon, also 0,9 Millionen Euro, aus der öffentlichen Hand zu. Es erwirtschaftet einen Jahresumsatz von 2,9 Millionen Euro.

Freie Szene, nachgeordnet

Wir seien hier nicht in der DDR, wo alles geplant sei, jeder könne sich selbst entscheiden, was er tun wolle, konterte Andreas Bialas (SPD) die Gegenüberstellung von Schauspielhaus und *zakk* sowie den Verweis auf die prekären Arbeitsbedingungen der freien Szene. Man könne die Diskussion so nicht führen, im *zakk* sei eher Party, das könne man nicht mit dem Schauspielhaus vergleichen, setzte Oliver Keymis (Bündnis 90/Die Grünen) oben drauf. Im Saal öffneten sich dazu stumme Münder. Die Podiumsteilnehmer/-innen teilten sich ebenfalls nonverbal mit. Sie nickten auf eine schwer zu beschreibende Weise. Vielleicht bemüht man am besten das vornehme Wort indigniert. Als wäre es für Feingeister eine Zumutung, ein soziokulturelles Zentrum in einem Atemzug mit einer großen alten Bühne genannt zu hören.

Wert der Werte

Natürlich geht es nicht darum, die Meisterschaft eines Konzertmeisters oder einer Star-Schauspielerin mit der von jugendlichen Rockmusiker/-innen oder Laienschauspieler/-innen zu vergleichen. Auch nicht darum, jemandem, der seit frühester Kindheit für seine Virtuosität viel geübt und studiert hat, jetzt seine einigermaßen vernünftige Gage abzuspochen.

Künstlerische Formensprache auf höchstem Niveau kann nicht der alleinige, nicht der wichtigste, nicht der letzte Maßstab sein.

Bislang sprechen die ausgereichten Budgets beziehungsweise Fördermittel dafür, dass denjenigen Institutionen im Kunst- und Kulturbereich der höchste gesellschaftliche Wert zugemessen wird, in denen man die jeweilige künstlerische Formensprache auf höchstem Niveau praktiziert. Das kann – mit Verlaub – nicht der alleinige, nicht der wichtigste, nicht der letzte Maßstab sein. In soziokulturellen Zentren erarbeiten sich Geflüchtete und hiesige Unterprivilegierte Theaterstücke, nutzen Jugendliche Chancen, nehmen Nachbarn an politischen Debatten teil und vieles mehr. Dies für geringen oder keinen Eintritt. Hier werden ebenso kluge wie ausdauernde, heftige und

kreative Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen oder Salafisten geführt. Braucht das Land Pionierleistungen – sei es hinsichtlich Inklusion, Interkultur, Integration, Partizipation oder Chancenausgleich – in soziokulturellen Zentren werden sie erbracht. Allein durch ihre Maßstäbe und Arbeitsweise sind sie – nicht nebenbei, sondern in ihrem Kern – Schulen der Demokratie. Und zwar für viele Menschen, die keinen Fuß in ein Schauspielhaus oder eine Oper setzen würden.

Weil Claudia Sarbek vom *Ringlokschuppen Bielefeld* genau weiß, was die prekären Arbeitsbedingungen den Akteuren dafür abverlangen, platzte ihr der Kragen. Unter anderem zur Unvergleichbarkeit der hohen Kunst sagte sie: „Seit vierzig Jahren hören wir das! Insgesamt hat sich wenig geändert.“ Die für die – gestiegenen – Projektmittel zu erbringenden Eigenbeiträge bedeuten am Ende eben nach wie vor: Selbstaussaugung.

Schritte zur Lösung

Dennoch bleibt: besonders in NRW und besonders in den letzten fünf Jahren änderte sich manches. Stichworte sind der immerhin erhöhte Kulturretat, vor allem auch das weltweit einmalige Kulturfördergesetz und der Kulturförderplan. Sie ermöglichen den bezuschussten Institutionen fünfjährige Planungssicherheit. Das ist beinahe Luxus. Im Saal waren sich alle einig, dass es nicht hilft, fehlende Kulturbudgets durch Umverteilungen innerhalb des Bereichs zu beschaffen. Einen Hauptweg zur finanziellen Entspannung für die Kultur in NRW sah das Podium in der Entlastung der Kommunen. Seien diese stabil ausgestattet, so könnten sie sich zum Beispiel jeweils in den Räten darauf verständigen, jährlich einen verlässlichen Prozentsatz vom Haushalt für ihre Kultureinrichtungen auszugeben. Abschließender Seufzer: Am 14. Mai wurde in NRW niemand wegen seiner kulturpolitischen Aussagen gewählt.

Dr. **EDDA RYDZY** ist freie Autorin mit Vortrags- und Lehrtätigkeit.



„Die AfD wird eventuell zehn bis zwölf Prozent erreichen, eine Partei, die ankündigt, nur noch deutsche Stücke aufführen lassen zu wollen. Wir werden alle zusammen einen Abwehrkampf führen müssen. Das macht mir im Moment mehr Sorgen als der Haushalt.“

OLIVER KEYMIS, MdL (Bündnis 90/Die Grünen),
Vizepräsident des Landtags Nordrhein-Westfalen



NORDRHEIN-WESTFALEN

Neue Netzwerke für mehr Teilhabe

Mit dem Programm „Kulturrucksack NRW“ fördert das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport im sechsten Jahr gezielt außerschulische Projekte.

von **INA RATENIEK**

Ein Sommer in Marl: Rund 150 Fünft- bis Achtklässler/-innen drängen sich im Foyer des Stadttheaters. Gleich beginnt „West Side Marl“, das Ergebnis von vier Monaten Tanzen, Theaterspielen, Singen und Bühnenbau. Nur wenige Eltern sind da. Es ist laut, es wird gerangelt. Dann endlich Einlass, der Vorhang hebt sich und plötzlich herrscht Stille. Alle recken die Hälse, denn alle im Publikum werden heute auch Darsteller/-innen sein ...

Die Marler Kinder hatten am „Kulturrucksack“ teilgenommen, einem Förderprogramm speziell für 10- bis 14-Jährige. Das Besondere war, dass nur wenige von ihnen vorher Kunst und Kultur außerhalb von Schule kennengelernt hatten. Die Gründe waren (nicht nur in Marl) vielschichtig: Lange hatten Kultur- und Jugendpartner diese Altersgruppe zwischen Grundschule und Pubertät gar nicht im Blick. Wenn es Angebote gab, waren sie für viele Kinder schwer erreichbar. Oder den Familien fehlte schlicht das Geld. Seit 2012 wirkt der „Kulturrucksack“ diesen Struktur-lücken und Teilhabehemmnissen in Nordrhein-Westfalen konsequent entgegen: Aktuell schaffen 231 Kommunen Angebote, die alle Kunstsparten abdecken, sich an den Interessen der Zielgruppe orientieren und sowohl nah zum Sozialraum als auch in der Regel kostenlos sind. 2016 nutzten dieses freiwillige Programm rund 57.000 junge Menschen. Die Akzeptanz beispielsweise von Schnupper-Malkursen im Künstleratelier, Rap-Workshops im Jugend-

heim oder Theater-Ferien der Jugendkunstschule ist sehr gut: Über 70 Prozent der Kinder möchten wiederkommen, wenn sie einmal teilgenommen haben.

Kooperation von Kultur, Jugend, Bildung und Integration

Allen Kindern Kultur näher zu bringen ist der Landesregierung und den Kommunen wichtig. Jugendliche werden gezielt angesprochen durch aufsuchende Angebote in Sozialräumen mit besonderem Entwicklungsbedarf, durch Kooperationen mit Schulen oder durch Aktivitäten von Schulsozialarbeiter/-innen. Die Koordination des außerschulischen Netzwerks mit städtischen und freien Einrichtungen, Trägern und Vereinen sowie Künstler/-innen liegt meist bei einem Kommunalamt. Die Bereiche Kultur, Jugend, Bildung und Integration gestalten oftmals fachübergreifend die Programme. Teils sind auch soziokulturelle Zentren wie die *Kraftstation* in Remscheid für die gesamtstädtische Netzwerkarbeit verantwortlich und bringen so soziokulturelle Aspekte ein.

Was unterscheidet uns von ihnen? Wenig!

In Wuppertal realisierte *die börse* 2016 neben Workshops für behinderte Kinder auch das Medienprojekt „(M)Ein neuer Tag“. Realschüler/-innen aus Syrien, Afghanistan und Serbien, die eine Sprachklasse für Seiteneinsteiger/-innen besuchten, waren eingeladen, ihre neue Lebenswelt mit einer Schwarz-Weiß-Kamera zu dokumentieren. Die Aufnahmen, ausgestellt in einem örtlichen Kulturverein, zeigten eindrucksvoll, wie Kunst beziehungsweise deren Rezeption politisch bilden kann. Jugendliche Ausstellungsbesucher/-innen konnten sehen und spüren: Geflüchtete Jugendliche machen prägende Erfahrungen, die ihre Wahrnehmung beeinflussen. Doch ihr Alltag, ihre Vorlieben und Wünsche unterscheiden sich nicht von Alltag, Vorlieben und Wünschen derer, die schon länger hier leben.

Die „Produkte“ der kulturellen Bildung verlangen vom Rezipienten Offenheit für Neues – hilfreiches Persönlichkeitsmerkmal in einer Demokratie. Politische Bildung ist aber eher eine Begleiterscheinung des „Kulturrucksacks“. Dieser bietet vor allem Raum, sich im Medium der Künste mit sich selbst und der Welt auseinanderzusetzen, animiert zum kreativen Selbstausdruck und soll Freude machen. Gut möglich jedoch, dass die Erfahrung der Selbstwirksamkeit nicht wirkungslos bleibt und zu mehr Beteiligung auch in anderen Gesellschaftsbereichen ermutigt.

Zuversichtlich machte auch der Sommertag in Marl. Wir spürten Staunen über die eigenen Fähigkeiten. Stolz, dafür Applaus zu erhalten. Respekt vor der harten Arbeit aller Beteiligten. Und eine beeindruckende Atmosphäre von Gemeinschaft und Solidarität.



Dr. **INA RATENIEK** ist Projektleiterin der Koordinierungsstelle „Kulturrucksack NRW“.

Demokratie Leben!

Eine Idee vom Glück.

Die *Schuhfabrik Ahlen* ist Partner im bundesweiten Programm gegen Rassismus

von CHRISTIANE BUSMANN

Diversität auf Augenhöhe leben

Die *Schuhfabrik Ahlen* ist ein soziokulturelles Zentrum und damit zuvorderst auch ein Begegnungszentrum! Begegnungen sind dann spannend, wenn die unterschiedlichsten Facetten von miteinander vertraut bis absolut fremd aufeinandertreffen und damit Vielfalt und das Erleben von anderen Ansichten, Meinungen und Perspektiven möglich ist. Gerade in den letzten Jahren beobachten wir zunehmend die Tendenz zur Homogenisierung von Gruppen und eben auch von Orten. In Zeiten von „facebook likes“, „Vorliebevorschlägen“ und „Echokammern“ wird die reale Erfahrung des Fremden, Unbekannten und damit letztlich die Überraschung und das Spontane immer wichtiger.

Aber wie lebt es sich mit Unterschieden? Die vielbesprochene Diversity wirklich alltagstauglich zu leben und sich dabei den Fragen „Wie gehen wir mit Unterschiedlichkeit um?“, „Wieviel Fremdes halte ich aus?“, „Kann ich Unterschiedlichkeit stehenlassen?“ ernsthaft zu stellen, sehe ich als zentrale Aufgabe eines soziokulturellen Zentrums an. Uns in der *Schuhfabrik* ist es immer wieder wichtig, Unterschiedlichkeit ins Haus zu holen und den Begegnungsraum so zu gestalten, dass er allen Menschen offen steht. Dies steuern wir mit unseren Angeboten und Aktivitäten, mit denen wir dem Haus eine bestimmte Ausstrahlung verschaffen.

Zusammenarbeit mit vielen Partnern

Seit 1992 ist die *Schuhfabrik* in der Flüchtlingsberatung aktiv, seit 2001 führen wir Projekte zur Interkultur durch. Gerade diese Arbeitsfelder haben uns zahlreiche Kontakte und letztlich die Zusammenarbeit mit den verschiedensten Partnern im Stadtraum Ahlen beschert. Und hier entstand als konsequente Fortsetzung die Idee der Teilnahme am bundesweiten Programm „Demokratie Leben!“, welches sich explizit auch an zugewanderte Menschen als Teil der Gesellschaft richtet.



Plakate des Jugendforums Ahlen © Theo Herming

Letztlich geht es um die Gestaltung unseres gemeinsamen Lebensraumes mit allen Menschen, die hier leben. Grundlage für das Zusammenleben ist der lebendige Aushandlungsprozess auf der Basis der Menschenrechte und der Demokratie und die Abgrenzung gegenüber Rassismus und Diskriminierung.

Aufbau von Strukturen

Das Programm „Demokratie Leben!“ unterstützt für einen Zeitraum von fünf Jahren den Aufbau von Strukturen unabhängig von bekannten Akteuren und bietet die Chance, in neuen Zusammensetzungen und mit weiteren Akteuren ein arbeitsfähiges Miteinander auszuprobieren. Die Vergabe von Projektfördermitteln für Demokratie und gegen Rassismus durch einen Begleitausschuss ist dabei eine wichtige Säule. Spannend ist ebenso der Aufbau eines Jugendforums, in dem Jugendliche Fördergelder bekommen, um diese sinnvoll für eigene oder Projekte anderer einzusetzen. Möglichst viele Menschen mit ihren Ideen für Demokratie und damit die (wie der in Ahlen partizipativ erarbeitete Slogan sagt) „Idee vom Glück“ zu unterstützen und miteinander bekannt zu machen, ist ein wesentliches Ziel des Programms. Nur eine breit aufgestellte und sich selbst bewusste Bürgergesellschaft wird ihre Haltung gegenüber demokratiefeindlichen, rassistischen und diskriminierenden Angriffen verteidigen können.

Träger der Partnerschaft für Demokratie in Ahlen „Demokratie Leben! Eine Idee vom Glück.“ sind die Stadt Ahlen als federführende Stelle, angesiedelt bei der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, die Arbeiterwohlfahrt UB Hamm-Warendorf mit der externen Fach- und Koordinationsstelle und die *Schuhfabrik Ahlen* als begleitende und beratende Organisation, insbesondere des Jugendforums. | www.schuhfabrik-ahlen.de, <http://demokratie-leben-ahlen.de>, <http://jugendforum-ahlen.de/wp/index.php/das-sind-wir>



CHRISTIANE BUSMANN ist Geschäftsführerin der Schuhfabrik Ahlen.

Die politische Dimension der kulturellen Bildung

Fachtagung im Rahmen des Programms „Kulturagenten für kreative Schulen Thüringen“

von REBEKKA MARPERT, KATJA NICKE

Ausgangspunkt

Die Tagung „Die politische Dimension der Kulturellen Bildung“ am 16. Mai 2017 in der Alten Parteischule Erfurt wurde von der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Thüringen e.V. in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen ausgerichtet. Ausgangspunkt war die Frage, worin das politisch relevante, emanzipatorische und eminent bildende Potenzial der Auseinandersetzung mit und durch Kunst in einer Zeit disparater Zustände besteht.

Eine besondere Atmosphäre erfuhren die über 120 Teilnehmenden durch den Veranstaltungsort. Die 1972 errichtete ehemalige Bezirksparteischule der SED, ein inzwischen selten gewordenes Beispiel der DDR-Architektur, ist zum größten Teil im originalen Zustand erhalten und steht seit 2008 unter Denkmalschutz. Die Räumlichkeiten wurden mit einer von den Kulturagent/-innen eigens konzipierten Gestaltung aus Neonklebebändern kommentiert. Eine Fotoausstellung und eine Videoprojektion zu den Thüringer Programmschulen sowie zu realisierten Projekten ermöglichten einen Ein- und Überblick über die mehrjährige programmatische Arbeit.



Fachvortrag von Prof. Dr. Max Fuchs © Thomas Kirchner

Auftakt

Zum Auftakt sprach der renommierte Bildungsforscher Prof. Dr. Max Fuchs zum Thema „Politische und Kulturelle Bildung: Gemeinsames Ziel – verschiedene Wege. Historische Anmerkungen“. Seine Ausführungen beschrieben die Entwicklung der kulturellen und der politischen Bildung vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Daran anknüpfend argumentierte er für einen notwendigen kritischen Umgang, der die Grundlage für ein besseres Verständnis von Unterschieden und Überschneidungspunkten zwischen den Disziplinen bildet.

Einblicke

Danach vermittelte das Projekt „Keine Wahl. Ein Musikprojekt mit geflüchteten und einheimischen Jugendlichen“ einen praktischen Einblick. Das Musikprojekt beschäftigte sich mit den Themen Heimat, Diktatur und politische Haft. Die Jugendlichen produzierten einen Rapsong und einen Videoclip. Unterstützt wurden sie von der Museumspädagogin Judith Mayer und dem Musiker Norman Sinn.

Unter dem Titel vom „Miteinander-Sein der Verschiedenen“ (Hannah Arendt): Beziehungen zwischen Politik, Kultur und Kunst“ spürte Anke Schad (Universität für Musik und Darstellende Kunst Wien) dem Verhältnis der drei Bereiche nach. Mit Blick auf die Einschränkungen der Meinungsfreiheit in Ungarn, der Türkei und Polen betonte sie, dass die Unterdrückung und Zensur von Künstler/-innen und Kulturschaffenden die politische Dimension von Kunst und Kultur belegt.

Juliane Männel stellte das postdramatische Berliner Theaterprojekt Rimini Protokoll mit ihrem Vortrag „Eine Ästhetik des hellen Raumes“ – Einblicke in aktuelle Produktionen“ vor. Das zurzeit laufende Projekt „Hausbesuch Europa“ lädt Theaterbesucher/-innen in eine Berliner Wohnung ein. Im angeleiteten Gespräch werden politische und kulturelle Verhältnisse und Verbindungen sichtbar gemacht und zur Diskussion gestellt. Auch das *stellwerk.junges Theater Weimar* war mit einem aktuellen Projekt dabei: „Bühnenrepublik Stellwerkistan – Ein utopischer Möglichkeitsraum zum Verbuntern der Welt“. Das Theater wurde zur eigenständigen Republik ausgerufen und die Organisations- und Repräsentationsstrukturen der BRD aufgegriffen.



Wandbild im Foyer der Alten Parteischule © Sandra Werner

Positionen

Dr. Sabine Dengel von der Bundeszentrale für politische Bildung wurde von Kulturagentin Uta Schunk zur Zusammenarbeit von politischer und kultureller Bildung interviewt. Der Künstler Sven Schmidt stellte den Workshop zum Garten der Toleranz vor. Dieser hatte 2015/2016 einen Platz im öffentlichen Raum mit Plastiken besetzt, auf dem sonst rechtsextreme Bands auftreten.

Dr. Elke Kollar von der *Klassik Stiftung Weimar* zeigte, dass die Räume und Werke der Weimarer Klassik sowie des gesamten 19. Jahrhunderts nicht nur Zeugen der Vergangenheit sind, sondern auch das Potenzial haben, aktuelle politische Fragestellungen zu behandeln.

In einem Interview mit Prof. Dr. Marie-Luise Lange (Institut für Kunst- und Musikwissenschaft der TU Dresden) wurde eine Perspektive der universitären Lehre präsentiert. Die Kulturagentin Miriam Braunstein führte das Gespräch zum Thema „Bestimmt-Unbestimmt – wie Kunst neue Möglichkeitsräume eröffnet“. Thematisiert wurde, dass Ästhetik und Politik nicht zu trennen seien, da jede/-r Künstler/-in als Zeitzeug/-in im Verhältnis zum Weltgeschehen stehe. In der abschließenden Podiumsdiskussion wurde einmal mehr deutlich, dass die kulturelle Bildung eine enorme Methodenvielfalt aufweist und es versteht, an die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen anzuknüpfen, sie zu motivieren und partizipieren zu lassen. Erkenntnisprozesse werden durch die Reflexion von Erfahrung und Gefühlen in Gang gesetzt. Das unterscheidet die kulturelle von der politischen Bildung, die seit Jahrzehnten einem starken Berufsethos folgt und Bildungsangebote neutral auffasst.

Resümee

Ist eine Grenzziehung zwischen Kunst und kultureller Bildung sowie zwischen Politik und politischer Bildung notwendig? In der Diskussion stellten sich Differenzen heraus, es konnten aber auch Berührungspunkte zwischen

den Arbeitsfeldern ausgemacht werden. So gab es am Ende der Tagung keine endgültige Antwort auf die Frage nach der politischen Dimension der kulturellen Bildung. Vielmehr fordert der begonnene fruchtbare Dialog zwischen politischen und kulturellen Bildner/-innen, die Auseinandersetzung fortzusetzen.



REBEKKA MARPERT ist Kunsthistorikerin.
KATJA NICKE ist Leiterin des Landesbüros „Kulturagenten für kreative Schulen Thüringen“.

- ⇒ Die **Fachtagung** ist Teil des Programmes „Kulturagenten für kreative Schulen Thüringen“, das zum Ziel hat, bei Kindern und Jugendlichen Neugier für künstlerische Aktivitäten zu wecken und mehr Kenntnisse über Kunst und Kultur zu vermitteln.
- ⇒ Das **Kulturagentenprogramm** ist ein Projekt der *Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Thüringen e.V.*, gefördert durch das Land Thüringen, die *MUTIK gGmbH* sowie die Kulturstiftung des Bundes und die *Stiftung Mercator*. Die Realisierung des Programmes in Thüringen beruht auf einer engen Zusammenarbeit des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport sowie der Thüringer Staatskanzlei, in deren Vertretung Elke Harjes-Ecker, die Leiterin der Abteilung Kunst und Kultur, das Grußwort sprach. Die Landeszentrale für politische Bildung konnte als Kooperationspartner für die Veranstaltung gewonnen werden.

Zivilgesellschaftliche Träger einigen sich auf Forderungs- katalog zum Umgang mit der AfD

von **LARS JOHANSEN**

AfD und Soziokultur passen schon auf den ersten Blick wenig zueinander. Je genauer und differenzierter man hinsieht, desto größer wird die inhaltliche, geistige und emotionale Entfernung. Aber mit dem Einzug der AfD in die Landesparlamente und kommunalen Volksvertretungen wird es im politischen Tagesgeschäft notwendig, miteinander umzugehen. Wie kann das gelingen? Unter zivilgesellschaftlichen Akteuren werden zwei mögliche Vorgehensweisen präferiert. Die eine schließt ein Gespräch, ja einen Kontakt grundsätzlich aus. Die andere räumt die Möglichkeit eines Diskurses ein.

Minimalforderungen für Umgang im Alltag

Die zivilgesellschaftlichen Träger in Sachsen-Anhalt, zu denen auch die LASSA (Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren im Land Sachsen-Anhalt e.V.) gehört, haben sich auf einen Katalog mit Minimalforderungen für einen Umgang im Alltag geeinigt. Dazu gehören kulturelle Vielfalt, Religionsfreiheit, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Anerkennung unterschiedlicher geschlechtlicher Identitäten und die Stärkung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Es geht um eine inklusive Gesellschaft, in der die Verschiedenartigkeit von Lebensentwürfen zu respektieren, Ausgrenzung, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen sind. So allgemein diese Formulierungen scheinen mögen, so bieten sie doch erst einmal eine gemeinsame Grundlage für den Umgang mit der AfD. Denn aufgrund dessen kann man entscheiden, wie der direkte Kontakt auszusehen hat.

Kommunikation mit Repräsentant/-innen

Durch das hohe Wahlergebnis dieser Partei, die etwa ein Viertel der Stimmen bei der Landtagswahl im März 2016 auf sich vereinigen konnte, gibt es das Problem, dass sie in diversen Ausschüssen vertreten ist und sogar einen der beiden Landtagsvizepräsidenten stellt. Letzteres bedeutet, dass repräsentative Veranstaltungen, die mit Unterstützung der Landesregierung realisiert werden und zu denen die Landtagspräsidentin selbstverständlich geladen ist, bei Terminproblemen von einem ihrer beiden Stellvertreter wahrgenommen werden können. Eine Ausladung des AfD-Vertreters wäre ein Affront, der Konsequenzen (zum Beispiel auch bei einer zukünftigen Mittelvergabe) nach sich ziehen könnte und der Partei obendrein wieder einmal kostenlose Publicity beschern würde, sodass gut überlegt werden will, was in diesem Fall zu tun ist. Ein großes Problem ist weiterhin, dass der für die Soziokultur zuständige Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration einer von den dreien ist, die von AfD-Mitgliedern

geleitet werden. Der 25-jährige Ulrich Siegmund, der bis 2014, bis zu seinem Eintritt in die AfD, fünf Jahre Mitglied der CDU war, wirkt durchaus umgänglich, gehört aber in der heillos zerstrittenen Fraktion zum (größeren) nationalen Flügel um den Partei- und Fraktionsvorsitzenden André Poggenburg, der wiederum zu den Unterstützer/-innen von Björn Höcke zählt. Eigentlich ist Siegmund der gesundheitspolitische Sprecher seiner Partei. Der sozialpolitische Sprecher, Oliver Kirchner, ist nur einfaches Ausschussmitglied. Bundesweite Bekanntheit erhielt dieser durch den in den sozialen Medien geäußerten Wunsch, seine Notdurft an einer Moschee verrichten zu wollen. Damit hat er sich, zumindest was die Religionsfreiheit betrifft, als Ansprechpartner disqualifiziert. Der kulturpolitische Sprecher der Partei ist der Islamwissenschaftler Dr. Hans-Thomas Tillschneider. Er ist Sprecher der Patriotischen Plattform der AfD, hält enge Kontakte zur Identitären Bewegung und gilt als politischer Rechtsaußen. In einer Diskussionsveranstaltung bekannte er sich vor Kurzem zu einem von der Spätromantik geprägten Kultur- und Nationalbegriff, in dem das „Deutsche gefühlt werden“ müsse. Dazu hält er Moscheen in Deutschland für „entortet“. Bei den Genannten trifft Soziokultur auf großes Desinteresse und gilt als „links-grün-versifftes Gutmenschentum“.

Was ist zu tun? Aus dem Forderungskatalog lassen sich Argumentationen und Vorgehensweisen entwickeln. Doch gerade im Alltag ist es eine besondere Herausforderung, konkrete Situationen mit Sachlichkeit und Distanz zu bewältigen. Dennoch müssen wir lernen, die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner zu führen und uns dafür einsetzen, die demokratischen Werte in unserer Gesellschaft zu bewahren.



LARS JOHANSEN ist Kabarettist und Leiter des Kabarets „Die Kugelblitze“ in Magdeburg. Er ist Vorsitzender des *ARTist e.V.* und des *Offenen Kanals Magdeburg* und Beisitzer im Vorstand der LASSA e.V.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Absolutes NO GO für alle Kontakte zu rechtspopulistischen Organisationen

von **LANDESVBAND SOZIOKULTUR
SCHLESWIG-HOLSTEIN e.V.**

Am 3. Mai 2017 fand im Kulturbahnhof *Viktoria* in Itzehoe die diesjährige Jahreshauptversammlung des Landesverbandes Soziokultur Schleswig-Holstein e.V. statt. Ein Programmpunkt war die Positionierung des Verbandes zur AfD. Einstimmig beschlossen die Mitglieder das absolute NO GO für alle Kontakte, Begegnungen, Auseinandersetzungen zwischen der LAG Soziokultur Schleswig-Holstein e.V.

und rechtspopulistischen Organisationen, Parteien, Projekten oder Initiativen.

Die programmatischen Verlautbarungen diverser Parteien und Organisationen haben keinerlei Bezug zum soziokulturellen Selbstverständnis, das sich durch Offenheit und Transparenz, Respekt gegenüber Andersdenken, anderen Religionen und Kulturen, Integration verschiedener Altersgruppen, sozialer Schichten und Nationalitäten, Betonung des demokratischen und humanistischen Inhalts von Kultur, Widerstand gegen faschistische und menschenverachtende Bestrebungen und demokratischen Entscheidungsstrukturen auszeichnet.

HAMBURG

Rechtsgutachten bestätigt Eigenständigkeit der Einrichtungen der Stadtteilkultur

von **CORINNE EICHNER**

Politische Parteien und andere Gruppierungen haben kein Recht auf die Nutzung von Räumen stadtteilkultureller Einrichtungen in Hamburg – unabhängig davon, ob und in welcher Höhe die Häuser öffentliche Mittel erhalten: Ein von STADTKULTUR HAMBURG in Auftrag gegebenes juristisches Gutachten bestätigt, dass die Einrichtungen der Stadtteilkultur eigenständig sind und frei in ihren Entscheidungen, wer ihre Räume nutzen darf.

Autor des Gutachtens ist der renommierte Verwaltungsrechtler Prof. Dr. Holger Schwemer. Schwemer lehrt an der Universität Hamburg und der Freien Universität Berlin, hat für die EU gearbeitet und Ausschüsse des Bundestages und der Hamburgischen Bürgerschaft beraten. Im Gutachten heißt es: „Die Vergabeentscheidung der privatrechtlich organisierten Einrichtungen der Stadtteilkultur in Hamburg bei der Raumvergabe unterliegt keinen Bindungen aus dem Gleichheitssatz.[...] Entscheidender Grund für dieses Ergebnis ist, dass die Einrichtungen aufgrund ihrer Selbständigkeit nicht in die staatliche Leistungsverwaltung eingebunden sind und hinsichtlich der Vermietung von Veranstaltungsräumen keine Monopolstellung haben.“ STADTKULTUR HAMBURG hatte bereits im Frühjahr eine Stellungnahme zur Autonomie der Einrichtungen der Stadtteilkultur abgegeben. (Siehe SOZIOkultur 1-2017) Aktuelle Anlässe waren unter anderem Versuche der AfD, gegen die Ablehnung einer Mietanfrage vorzugehen sowie die mediale Kampagne einer Hamburger Tageszeitung gegen die betroffene Einrichtung und ihre Geschäftsführerin.



CORINNE EICHNER ist Geschäftsführerin von STADTKULTUR HAMBURG e.V.

NORDRHEIN-WESTFALEN

„FCK AFD Festival“: Für coole Kultur – alle für Demokratie.

von **ROBERT HILLMANN**

In Düsseldorf ist kein Platz für Rassismus. Das sollte kurz vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen noch einmal mit dem „FCK AFD Festival“ am 5. Mai im *zakk* deutlich gemacht werden. Deshalb luden *Düsseldorf stellt sich quer*, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, *SJD – Die Falken* und *zakk* zu einem „bunten Heimatabend“. Mit dem Festival sollte ein klares Zeichen gegen Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gesetzt und ganz konkret über die Politik der AfD aufgeklärt werden. Es sollte aber auch – insbesondere einem jüngeren Publikum – Rückenwind geben und es in seinem politischen Engagement bestärken. Auch aus diesem Grund entschied man sich für den nicht unumstrittenen Titel. Schließlich teilt die AfD selbst gern aus, und hier wurde einmal eine Gegenprovokation ausgesendet.



Das Festival begann zunächst mit Workshops, die sich unter anderem mit den Inhalten und den Akteuren der AfD auseinandersetzten und Argumentationshilfen gegen rechte Parolen boten.

Im Anschluss gehörte die Bühne den drei Rapperinnen Sookee, Leila Akinyi und Tice, die – jede auf ihre Art – eine eindeutige politische Botschaft in Richtung AfD sendeten. Die drei Künstlerinnen bewiesen eindrucksvoll, wie man politische Inhalte auf künstlerisch-ästhetische Art transportieren kann. Das kam bei den rund 500 Gästen hervorragend an und war umso wichtiger, als die AfD nun in den Landtag einzieht. Gemeinsames Feiern verbindet und erleichtert den Austausch und die Vernetzung untereinander.



ROBERT HILLMANN ist Programmplaner im Kulturzentrum *zakk* Düsseldorf.

Impressum

SOZIOkultur

Zeitschrift der Bundesvereinigung
Soziokultureller Zentren e.V.
27. Jahrgang | SOZIOkultur Nr. 107
2/2017 | ISSN 0946-2074

Herausgeberin

Bundesvereinigung Soziokultureller
Zentren e.V.

Geschäftsstelle

Lehrter Str. 27-30 | 10557 Berlin
T 030.3 97 44 59-0 | F -9
bundesvereinigung@soziokultur.de
www.soziokultur.de

Rechnungsstelle

c/o E-WERK Kulturzentrum GmbH
Fuchsenwiese 1 | 91054 Erlangen
T 09131.80 05-15 | F -10
e-werk@e-werk.de

Redaktion/Lektorat

Ellen Ahbe, Vi.S.d.P.

Redaktionelle Mitarbeit

Werner Danneberg, Ute Fürstenberg, Lena Kühn-
reich, Kristina Rahe, Edda Rydzy

Redaktionsteam

Siegfried Dittler, Noren Fritsch, Griet Gäthke,
Eleonore Hefner, Robert Hillmanns, Lars Johansen,
Christine Pfirrmann, Kristine Schütt, Ronja Wie-
chern

Thementeil dieser Ausgabe

Robert Hillmanns und Griet Gäthke

Gestaltung

anschlaege.de, Ute Fürstenberg

Druck

LASERLINE, Druckzentrum, Berlin

Fotonachweis

Thomas Krüger © bpb/Martin Scherag (S. 6) |
Matthias Heyl © Marieke Anne Heyl (S. 7) |
Katrin Jahn © Mike Müller (S. 11) | Dörte Insel-
mann © Piezug und Moschkowitz (S. 13) | Jochen
Molck © Christof Wolff (S. 16) | Dr. Ümit Koşan
© Kristin Wenzel (S. 26) | Vanessa-Isabelle Rein-
wand-Weiss © Dirk Pudwell (S. 29) | Lars Johansen
© Lars Frohmüller (S. 42) | Rebekka Marpert
© Daniel Schmidt (S. 45)

Erscheint quartalsweise zum Einzelpreis von 3,50
Euro (inkl. Versand 5,60 Euro), im Jahresabo für
18,30 Euro inkl. Versand. Namentlich gekennzeich-
nete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte sowie für die Richtigkeit der Angaben
keine Gewähr. Nachdruck auf vorherige Anfrage
mit Quellenangabe. Belegexemplar erwünscht. Die
bisher erschienenen Ausgaben sind abrufbar unter
www.soziokultur.de.



Gefördert von der Beauftragten der Bundes-
regierung für Kultur und Medien aufgrund eines
Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Landesverbände

LAKS Baden-Württemberg e.V.

LAG der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren
in Baden-Württemberg e.V.
Alter Schlachthof 11 | 76131 Karlsruhe
T 0721.47 04 19 10
soziokultur@laks-bw.de | www.laks-bw.de

LAG Soziokultur Bayern e.V.

Gleißhammerstr. 6 | 90480 Nürnberg
T 089.82 92 90-15 | F -99
info@soziokultur-bayern.de | www.soziokultur-bayern.de

LAG Soziokultur Brandenburg e.V.

Charlottenstr. 121 | 14467 Potsdam
T 0 172.3 74 60 92
lag.soziokultur.brandenburg@t-online.de
www.soziokultur-brandenburg.de

STADTKULTUR BREMEN e.V.

Schildstr. 12-19 | 28203 Bremen
T 0421.70 10 00 60
stadtkultur@bremen.de | www.stadtkultur.bremen.de

STADTKULTUR HAMBURG e.V.

Streseemannstr. 29 | 22769 Hamburg
T 040.8 79 76 46-0 | F -20
info@stadtkultur-hh.de | www.stadtkultur-hh.de

LAKS Hessen e.V.

LAG der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren
in Hessen e.V. | c/o Kulturzentrum Schlachthof
Mombachstr. 12 | 34127 Kassel
T 0561.8 90 68-81 | F -82
info@laks.de | www.laks.de

LAG Soziokultur Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Lange Straße 49 | 17489 Greifswald
T/F 03834.79 96 46
info@lag-soziokultur-mv.de | www.lag-soziokultur-mv.de

LAG Soziokultur Niedersachsen e.V.

Lister Meile 27 | 30161 Hannover
T 0511.5 90 90-40 | F -440
lagns@soziokultur-niedersachsen.de
www.soziokultur-niedersachsen.de

LAG soziokultureller Zentren Nordrhein-Westfalen e.V.

Achtermannstr. 10-12 | 48143 Münster
T 0251.51 84-75 | F -76
lagnw@soziokultur.de | www.soziokultur-nrw.de

LAG Soziokultur & Kulturpädagogik Rheinland-Pfalz e.V.

Kulturbüro
Koblenzer Str. 38 | 56112 Lahnstein
T 02621.6 13 25-0 | F -5
info@kulturbuero-rlp.de | www.kulturbuero-rlp.de

LASSA e.V.

LAG soziokultureller Zentren im Land Sachsen-Anhalt e.V.
Brandenburger Str. 9 | 39104 Magdeburg
T 0391.2 44 51-60 | F -70
lkj@jugend-lsa.de | www.soziokultur-sachsen-anhalt.de

LAG Soziokultur Schleswig-Holstein e.V.

Gurlittstr. 22 | 25813 Husum
T 04841.8 12 43 | F .6 23 75
lag@soziokultur-sh.de | www.soziokultur-sh.de

LAG Soziokultur Thüringen e.V.

Michaelisstr. 34 | 99084 Erfurt
T 0361.7 80 21 40 | F .6 57 85 28
info@soziokultur-thueringen.de
www.soziokultur-thueringen.de

Kommunikation auf dem Präsentierteller Öffentlichkeitswirksam agieren

Leitung: Christine Loriol

29. und 30. Sep 2017

Berufsbegleitende Qualifizierungen, Seminare, Workshops und Tagungen

Bundesakademie für Kulturelle Bildung Wolfenbüttel

Programmbereich Kulturmanagement, -politik und -wissenschaft | www.bundesakademie.de

KURZFILM Zahlen und Fakten 2017

Soziokultur – ganz einfach und ganz unverblümt!



Zahlen und Fakten aus der Statistik 2017 der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V., charmant und pffiffig von Grundschulern verarbeitet. | Entstanden im Kulturzentrum BARMBEK°BASCH, Hamburg



ViewSoziokultur

kulturmarken jahrbuch

Buchen Sie Ihren Eintrag bis 30.6.17! Der Verkaufskatalog für Ihre Sponsoringlizenzen an die Wirtschaft

kulturmarken gala

Buchen Sie Ihr Ticket für den 9.11.17! Preisverleihung der Kulturmarken-Awards innerhalb der „Night of Cultural Brands“

kulturmarken award

Bewerben Sie sich bis 31.8.17! Der Wettbewerb für Kulturmanagement, Kulturmarketing und Kulturförderung

kulturinvest kongress

Buchen Sie Ihr Ticket für den 9./10.11.17! Das größte Forum für Kulturanbieter und Kulturförderer

kulturmarken .de

Informationen und Veranstaltungstickets Das Online-Portal für Kulturmarketing und Kultursponsoring

Beratung, Veranstaltungen und Medien für Kultur-Kommunikation, -Marketing und -Sponsoring

causales®

FreeLunapartner:

TAGESSPIEGEL

Mihai.
www.mihai.de

arte
MAGAZIN

Bayer/Kultur



HORIZONT

kulturplakatiprüng

DW Deutsche
Welle

Berlin
Partner

Offizieller
Druckpartner:

LASERLINE